

# KlarText



**Bund der Steuerzahler in Bayern**

**Rolf Baron von Hohenau**  
Europapolitik und die Verkleinerung des Landtags – was vor der Landtagswahl zu erledigen ist

**Hans Podiuk**  
Erfolge und Weichenstellungen der Verbandspolitik

**Melanie Huml**  
Vertretung des Freistaates bei der EU – Sprachrohr Bayerns in Brüssel

**Christoph Arnowski**  
Hyperhybrid als aktiver Beitrag gegen den Klimawandel

**Professor Dr. Gregor Kirchhof:**  
Es geht um die Selbstbehauptung Europas und des Westens

**Die NATO ist heute eine der wichtigsten Institutionen weltweit**



## „Klartext“ Juli / August

- Rolf Baron von Hohenhau**  
2 Europapolitik und die Verkleinerung des Landtags – was vor der Landtagswahl zu erledigen ist
- Christoph Arnowski**  
3 Hyperhybrid aktiver Beitrag gegen den Klimawandel
- 
- Markus Ferber**  
5 Die Technologie zum Erreichen der Klimaziele den Kunden und Herstellern überlassen
- 
- Prof. Dr. Angelika Niebler**  
6 Für eine verbraucher- und industriefreundliche Klimaschutzgesetzgebung
- Prof. Dr. Gregor Kirchhof**  
7 Es geht um die Selbstbehauptung Europas und des Westens
- Alexander Muthmann**  
10 Mitglied des Bundes der Steuerzahler
- 
- Protest- und Unterschriftenaktion**  
11 XXL-Landtag stoppen! – 160 Abgeordnete sind genug!
- Dominik Klauck**  
13 Das neue Selbstverständnis des Staates als „freier Unternehmer“
- Albert Füracker**  
14 Startschuss für die Abgabe der Grundsteuererklärungen
- Hans Podiuk**  
15 Neue Schwerpunkte der Verbandspolitik
- Michael Jäger**  
17 25 Jahre Stabilitäts- und Wachstumspakt – kein Grund zum Feiern
- Dr. Horst Heitz**  
18 Das Steuerzahlerbüro in Brüssel steht unter meiner Leitung für die Mitglieder des Bundes der Steuerzahler zur Verfügung
- 
- Melanie Huml**  
19 Die Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU ist Sprachrohr Bayerns in Brüssel
- 
- Manfred Arnold**  
21 Glückwünsche zum 85. Geburtstag
- René Nour El Din**  
22 Serviceleistungen für Mitglieder des Bundes der Steuerzahler
- Dank und Anerkennung**  
24 Jubiläumsmitglieder im Juli / August



Rolf Baron von Hohenhau, Präsident

## Europapolitik und die Verkleinerung des Landtags – was vor der Landtagswahl zu erledigen ist

Liebe Mitglieder,

wir erinnern in dieser Zeitung noch einmal, worum es geht: 1998 hatte die ÖDP das Volksbegehren „schlanker Staat, schlanker Landtag“, mit dem Ziel gestartet, den Landtag von damals 204 auf 145 Sitze zu verkleinern. Wir hatten als Bund der Steuerzahler gleichzeitig mit allen Möglichkeiten der Verbandspolitik sowie dem Appell an die Mitglieder diese Initiative unterstützt. Bereits vor Einreichung der Unterschriften war die CSU, das warnende Beispiel der Abschaffung des Senats vor Augen, eingeknickt. Die Verkleinerung des Landtags auf 145 Sitze wäre für die Landtagsparteien eine Katastrophe gewesen. So einigte man sich dann auf 180 Sitze. Niemand erinnert sich heute daran, dass es bei der Landtagswahl 2003 durch die Verkleinerung des Landtags zu irgendwelchen Problemen gekommen ist. Heute haben wir die fast gleiche Situation. Durch ein praxisuntaugliches Wahlrecht ist der Landtag erneut von 180 auf 205 Mandate angewachsen. Nach seriösen Berechnungen könnten es nach der Landtagswahl im nächsten Jahr 230 bis 240 Landtagssitze werden. Durch einen derart aufgeblähten Landtag wäre, neben den damit verbundenen Kosten für uns Steuerzahler, auch die Leistungsfähigkeit erheblich eingeschränkt.

Nachdem sich die Landtagsmehrheit aus CSU und Freien Wählern offensichtlich entschlossen hat, weiterhin untätig zu bleiben, praktisch das Problem auszusitzen, haben wir als Bund der Steuerzahler den Beschluss gefasst, mit einer landesweiten Protest- und Unterschriftenaktion, die Wählerinnen und Wähler zu informieren und aufzurütteln. Das Ergebnis ist überwältigend: In Augsburg haben wir am ersten Tag 1500 Unterschriften gesammelt, in Nürnberg waren es einige Tage später ebenfalls an einem Tag über 1300 Unterschriften. Wir fordern inzwischen nicht mehr 180 Landtagsmandate, sondern die Verkleinerung des Parlaments auf 160 Mandate. Das wäre, so von uns befragte Fachleute, dann ein überschaubarer leistungsfähiger Landtag, der auch im Sinne der Steuerzahler, die Geschicke des Freistaats Bayern geradezu vorbildlich lenken könnte. Wir werden alles daransetzen, dass die Wählerinnen und Wähler am Wahltag im nächsten Jahr auch über die Verkleinerung des Landtags auf 160 Sitze abstimmen können. Den verantwortlichen Parteistrategen gebe ich den guten Rat, nicht mehr darauf zu setzen, mit einer verantwortungslosen Verweigerungshaltung auch in Zukunft ihre Landtagsmandate auf Kosten der Steuerzahler endlos vermehren zu können.

Ich mache Sie, liebe Mitglieder, auch auf weitere Schwerpunkte in dieser „Klartext“-Ausgabe aufmerksam: Unser Freund und „Klartext“-Gastautor Christoph Arnowski, von Hauptberuf Reporter des BR-Fernsehens, befasst sich indirekt auch mit dem in ideologischer Verblendung gefassten Beschluss des Europaparlaments, ab 2035 den Verbrennungsmotor zum Nachteil deutscher Ingenieurkunst und Arbeitsplätze endgültig zu beerdigen. Die von Arnowski vorgestellte neue Technik, zeigt beeindruckend, dass Europaparlament und Kommission gut beraten wären, Technologieoffenheit zu garantieren. Dafür setzen sich auch mit guten Argumenten die Europaabgeordneten Prof. Dr. Angelika Niebler, Monika Hohlmeier und Markus Ferber, Mitglieder des Bundes der Steuerzahler, ein. Ein besonderer Höhepunkt ist das Interview mit Prof. Dr. Kirchhof. Er fasst in seinen Antworten die Kernsätze eines Vortrags zusammen, mit dem er bereits Mitglieder des Europäischen Wirtschaftssenats und des Bundes der Steuerzahler beeindruckt hat.

Hans Podiuk, der Vorsitzende unseres Verwaltungsrates, befasst sich im Sommerinterview unter anderem mit Schwerpunkten der Verbandspolitik und macht den Vorsitzenden unserer 36 Regionalverbände in Bayern sowie den Leitern der Abteilungen in der Landesgeschäftsstelle in München ein besonderes Kompliment. Es sei beeindruckend ermöglicht worden, aus Corona- und Kriegsfolgen im Sinne der Steuerzahler die notwendigen Schlüsse zu ziehen. Dem Appell an die Mitglieder, künftig verstärkt die Angebote des Bundes der Steuerzahler auch in Anspruch zu nehmen, kann ich mich nur mit Überzeugung anschließen. In diesem Sinne, bleiben Sie gesund.

Das wünscht Ihnen

mit herzlichen Grüßen

Ihr Rolf Baron von Hohenhau, Präsident

## Autofahren mit dem Hyperhybrid als „aktiver Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel“

Dr. Michael Steiner: Man muss immer wieder technologieoffen denken und handeln, wenn Forscher in Leitplanken gesperrt werden, entsteht nichts neues – Von Christoph Arnowski

„Klartext“-Autor Christoph Arnowski im Hauptberuf seit mehr als 30 Jahren als Reporter für das BR-Fernsehen unterwegs, gibt nicht auf. Seine aktuellen Rechercheergebnisse halten jedem Faktencheck stand. Professor Robert Schlögl, der eine industrielle Methanolproduktion aufgebaut hat, spricht von einer lösbaren Herausforderung. Auf diese Weise könne auch der Kohlenstoffkreislauf geschlossen sowie gleichzeitig etwas für das Pariser Klimaschutzabkommen geleistet werden. Professor Dr. Werner Tillmetz, 30 Jahre bei Daimler verantwortlich für die Brennstoffzellenentwicklung, danach langjähriger Vorstand am Zentrum des Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung, fasst zusammen: „Das ist eine ganz faszinierende Option, die sich da aufgetan hat, bei der alles stimmig ist.“ Die Europaabgeordneten Prof. Dr. Angelika Niebler, Monika Hohlmeier und Markus Ferber, Mitglieder des Bundes der Steuerzahler, setzen auf klimafreundliche Alternativen zum E-Auto: „Wir sollten als Gesetzgeber keine Technologie ausschließen. Technologieoffenheit ist das Gebot der Stunde. Der europäische Bund der Steuerzahler hat den Beitrag von Redakteur Christoph Arnowski mit einer technischen Zusatzinformation inzwischen an alle Fraktionen des Europaparlaments und die Kommission, mit der Forderung übermittelt, Technologieoffenheit sicherzustellen.“

Zu teuer, zu geringe Reichweite und eine Ladefrastruktur mit Lücken. Diese drei Punkte schrecken bislang viele vom Kauf eines batterieelektrischen Autos (BEV) ab. Das österreichische Ingenieurbüro Obrist will mit seinem Elektroauto-Konzept diese Nachteile elegant vermeiden. Ein Verbrennungsmotor, der mit grünem Methanol als Stromgenerator an Bord laufen soll, macht den Obrist „Hyperhybrid“ unabhängig von Ladesäulen. Zudem soll das Auto deutlich weniger kosten als vergleichbare BEV und mit einer Tankfüllung 1000 Kilometer weit fahren können. Vor wenigen Wochen hat die kleine Firma aus Lustenau in Vorarlberg ihr Forschungszentrum in Lindau eröffnet.

Metallic dunkelblau und so leise wie ein normales Elektroauto. Auf den ersten Blick unterscheidet den HyperHybrid nichts vom neuen Tesla Y, der seit ein paar Monaten auch

in Deutschland vom Band läuft. Das Ingenieurbüro Obrist, das neuerdings mit seinem Forschungszentrum in Lindau ansässig ist, hat den Mittelklasse-SUV von Tesla umgebaut. Der entscheidende Unterschied zum Original sticht in einem begehbaren Modell sofort ins Auge. Anders als der Tesla Y hat der Wagen von Obrist keine große und schwere Batterie im Unterboden, sondern nur einen kleinen und damit relativ leichten und preis-



Unser Klartext-Autor Christoph Arnowski, im Hauptberuf seit mehr als 30 Jahren für das BR-Fernsehen als Reporter unterwegs, beschäftigt sich seit Jahren mit Alternativen zum batterieelektrischen Auto. Diese Arbeit stößt beim Publikum auf großes Interesse. Sein vor gut einem Jahr veröffentlichter Film über den Antrieb mit einer Methanolbrennstoff-Zelle wurde bei Youtube mittlerweile 5,2 Millionen Abrufe abgerufen. Der Beitrag aus dem 3sat-Wissenschaftsmagazin NANO über das hier beschriebene Methanol-Elektroauto von Obrist brachte es innerhalb eines Monats auf mehr als 155.000 Abrufe. Unter diesem Link <https://youtu.be/91ZHkoJRReY> steht der Beitrag auf dem br24-Kanal. Privat fährt Arnowski ein Auto mit Biomethan im Tank. Das Antriebskonzept, das seiner Überzeugung am einfachsten klimaneutralen Individualverkehr möglich macht. Und zwar kostengünstig und alltagstauglich. Trotzdem hat ihn der Hyperhybrid-Prototyp von Obrist schwer beeindruckt. „So ein Elektroauto würde ich mir sofort kaufen“, sagt der 61 Jahre alte Journalist, „es bietet alle Vorteile eines BEV ohne dessen Nachteile“. Foto: privat

werten 13,7 Kilowattstunden-Akku im Kofferraum. Geschäftsführer Frank Wolf spricht von einem „riesigen Vorteil, was das Gewicht, die Kosten und die Bezahlbarkeit des Fahrzeuges angeht.“

### Viel billiger als herkömmliche E-Autos

Tesla verlangt für sein Mittelklasse-SUV „Y“ mehr als 60.000 Euro. Ein vergleichbar großes Fahrzeug mit dem Obrist-Antriebsstrang würde laut Kalkulation des Unternehmens bei einer Produktion von 250.000 Fahrzeugen pro Jahr etwa 21.000 Euro kosten. Wegen dieses Preisunterschieds könnten sich viel mehr Menschen ein E-Auto leisten und nicht nur die Wohlhabenden in den reichen Industriestaaten, sagt Firmengründer Frank Obrist: „Wir waren immer interessiert, eine globale Lösung zu finden.“ Seine Überzeugung: Teure Elektroautos, wie sie gegenwärtig alle großen Hersteller auf den Markt bringen, werden das Klimaproblem nicht lösen. Weil sie nur in den reichen Industriestaaten Abnehmer finden können, nicht aber in den Schwellen- und Entwicklungsländern, in denen auch hunderte Millionen Menschen Auto fahren und dies auch künftig tun wollen und werden. Der Obrist Hyperhybrid könnte dieses Bedürfnis klimaverträglich erfüllen

### So funktioniert der Obrist Hyperhybrid

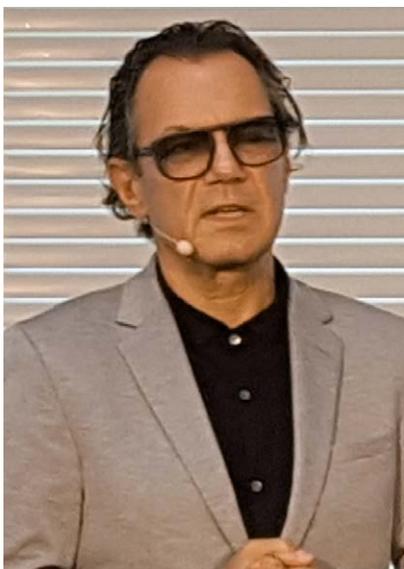
Denn das Auto, vom es bislang nur einen einzigen Prototypen gibt, hat nur einen kleinen und damit sehr preiswerten Akku. Der liefert den Strom für Fahrten in geschlossenen Ortschaften. Bei höheren Geschwindigkeiten schaltet sich ein Zweizylindermotor an Bord als Stromgenerator ein. Dieser Motor, der etwa so groß wie eine Bierkiste ist, produziert Energie für den Elektromotor und lädt gleichzeitig die Batterie. Laufen soll der Motor nur mit klimaneutralem Methanol. Denn nur dann ist das Auto CO<sub>2</sub>-frei unterwegs, laut Unternehmen hat es mit einer 40-Liter-Tankfüllung eine Reichweite von 1000 Kilometern. Der Stromgenerator läuft so leise und vibrationsarm, dass man nichts hört oder spürt, ob er in Betrieb ist. Nur am großen Display ist das zu sehen.

### Die Vision: Methanolfabriken in der Wüste

Obrist will die energieaufwändige Produktion des grünen Methanols in Wüsten ansiedeln. Dort ist Solarstrom schon heute mit Preisen von rund einem Cent pro Kilowattstunde konkurrenzlos günstig. Ideale Voraussetzungen für die Elektrolyse, bei der man erst den grünen Wasserstoff gewinnt und diesen in einem zweiten Schritt dann mit Kohlendioxid, das aus der Luft gefiltert werden soll, wieder mit Hilfe von viel elektri-

schem Strom zu Methanol verbindet. Da der Energiebedarf mit Sonnenstrom gedeckt wird, entsteht dabei ein klimaneutraler Treibstoff: grünes Methanol. Doch Obrist denkt noch einen Schritt weiter. Er will einen Teil des Kohlendioxids in festen Kohlenstoff umwandeln und so der Atmosphäre dauerhaft entziehen. Autofahren mit dem Hyperhybrid würde dann, so paradox es klingt, ein „aktiver Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel“, sagt Frank Obrist.

„Wir haben mit der Technologie zum ersten Mal als Menschheit die Möglichkeit, dieses Problem, das wir selbst erzeugt haben, durch Technik auch wieder zu lösen.“ Nur klimaneutral zu sein, sei „zu wenig“, betont Obrist, „wir haben die Verpflichtung, den Mist, den wir produziert haben, wieder wegzuräumen“. Mit Mist meint Obrist das Kohlendioxid,



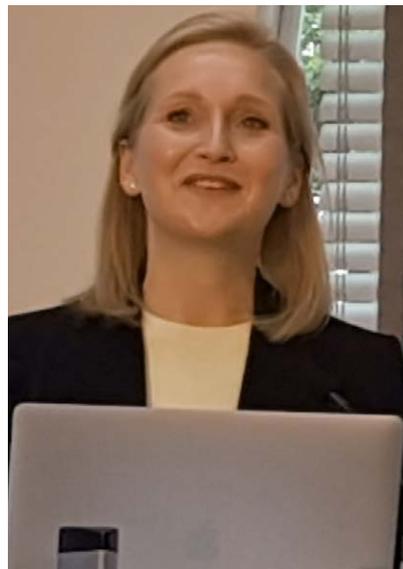
Frank Obrist will mehr als nur ein klimaneutrales Auto: „Wir müssen den Mist wieder aus der Atmosphäre holen, den die Menschen mit dem Verfeuern von fossilen Energieträgern dort abgelagert haben.“ *Fotos: Arnowski*

oxid, das beim Verbrennen aller fossilen Energieträger in den letzten Jahrhunderten in die Atmosphäre gelangt ist. Alle Experten betrachten es als die Ursache für die Erderwärmung und den Klimawandel.

### Grünes Methanol – wie realistisch ist die Vision

Kann der Traum von Frank Obrist in Erfüllung gehen? Um das zu klären, hilft ein Ortstermin in Duisburg weiter. Dort, im größten Stahlwerk Europas, produziert Thyssenkrupp in einem Jahr 10 Millionen Tonnen Stahl. 30.000 Tonnen Koks Kohle landen dabei jeden Tag in den Hochöfen. Dabei entstehen im Jahr 20 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Am Technikum erforscht das deutsche Carbon2Chem-Konsortium, wie man dieses CO<sub>2</sub>

recyceln kann. Prof. Robert Schlögl hat eine industrielle Methanolproduktion aufgebaut. Die funktioniert im Prinzip so wie die mit CO<sub>2</sub> aus Luft in der Wüste. Das Kohlendioxid hier kommt aber aus den Hochöfen. Weil die Methanolherstellung seit vielen tausend Stunden im Dauerbetrieb funktioniert, kann sie nach Überzeugung von Schlögl jetzt industriell skaliert werden. Aber kann man das auch in der Wüste und dabei CO<sub>2</sub> in festen Kohlenstoff umwandeln? Der angesehene Chemiker, der gleichzeitig zwei Max-Planck-Institute leitet, spricht von „einer Herausforderung, die aber lösbar ist“. Er halte die „Idee von Obrist für sehr sinnvoll“, weil man auf



Die Oberbürgermeisterin von Lindau Claudia Alfons freut sich über das neue Obrist-Techzentrum. „Damit wird unsere Stadt vielleicht sogar klimapositiv.“

diese Weise auch den Kohlenstoffkreislauf schließen könne. Und „gleichzeitig etwas für das Pariser Klimaschutzabkommen macht, weil man dann netto Kohlenstoff einfach aus der Atmosphäre nimmt.“ Auf diese Weise baue man eine Kohlenstoffsenke.

### Chemiker Schlögl weist Kritik an E-Fuels zurück

Grünes Methanol ist ein sogenanntes E-Fuel. Ein synthetischer Kraftstoff, den Kritiker wegen der vielen Umwandlungsprozesse und dem damit verbundenen hohen Energieverbrauch für problematisch halten. Batterieelektrische Autos hätten eine weit höhere Energieeffizienz, lautet das Hauptargument derer, die synthetisch hergestellte grüne Kraftstoffe ablehnen. In den Augen von Chemiker Schlögl ist diese Betrachtungsweise falsch. Wenn man den Energieverbrauch für Ladeinfrastruktur und Batterieproduktion betrachtet, komme man zu einem ganz ande-

ren Ergebnis. „Wenn Sie das dazurechnen, dann ist das batterieelektrische Auto überhaupt nicht mehr effizient“, sagt der Wissenschaftler, der im kommenden Jahr Präsident der Alexander-von-Humboldt-Stiftung wird. Viel Unterstützung für Obrist also von einem der renommiertesten Wissenschaftler in Deutschland.

### Das Beste aus allen Antriebswelten

Zuspruch bekommt das kleine Unternehmen auch von anderer Seite. Und zwar von einem Experten, von dem man das aufgrund seines beruflichen Werdeganges überhaupt nicht erwarten würde. Prof. Werner Tillmetz hat sich rund 30 Jahre erst bei Daimler als Verantwortlicher für die Brennstoffzellenentwicklung und danach als langjähriger Vorstand am Zentrum für Sonnenenergie- und



Porsche-Entwicklungsvorstand Michael Steiner betonte bei der Eröffnung des Obrist Tech Centers in Lindau, wie wichtig Technologieoffenheit sei. „Wenn man Forscher in Leitplanken sperrt, entsteht nichts Neues“ *Foto: Porsche*

Wasserstoff-Forschung Ulm für andere elektrische Antriebe eingesetzt. Sein ganzes Berufsleben sah er in Batterie und Brennstoffzelle die Schlüssel für die Mobilität der Zukunft. Diese Einschätzung änderte er erst vor kurzem, als er vom Obrist-Antriebsstrang erfuhr. Darin kommt für den Elektrochemiker das Beste aus allen Antriebswelten zusammen. Tillmetz spricht von einer „genialen Synthese verschiedener Themen“. Man könne einfach Flüssigkeit tanken, emissionsfrei fahren, elektrisch fahren und das ganz einfach und ohne teure Schnell-Ladeinfrastruktur, die Obrist mit seinem kleinen Akku im Gegensatz zum herkömmlichen Elektroauto nicht brauche. „Das ist eine ganz, ganz faszinierende Option, die sich da aufgetan hat, bei der alles stimmig ist,“ sagt Tillmetz.

### Prominenz bei Eröffnungsveranstaltung in Lindau

Im lange leerstehenden Felix-Wankel-Institut in Lindau, direkt am Bodensee, will Obrist jetzt durchstarten. Zur feierlichen Eröffnung des neuen Techzentrums Ende Mai kamen prominente Gäste. An ihrer Spitze der Entwicklungsvorstand von Porsche Michael Steiner. Der Sportwagenbauer hat zwar schon

Ein fast unüberwindbares Hindernis scheint fürs Erste beiseite geräumt. Die EU-Umweltminister haben sich zwar dem mehrheitlich vom EU-Parlament verabschiedeten Zulassungsverbot für neue Autos mit Verbrennermotoren ab dem Jahr 2035 angeschlossen, eine Tür für die E-Fuels - anders als von EU-Kommission und EU-Parlament beabsichtigt - aber offen gelassen. Dieser Kompromiss, er

öffnet Obrist eine Perspektive, sein technisches Konzept weiterzuentwickeln und dafür zu werben. Nach eigenen Angaben verhandelt die Firma mit etlichen großen Herstellern weltweit. Noch aber hat Obrist keinen Vertrag mit einem industriellen Partner. Und auch die Investoren, die den Bau einer Methanolfabrik im Sonnengürtel der Erde finanzieren, müssen noch gefunden werden.



Im Duisburger Stahlwerk von thyssenkrupp erforscht das deutsche Carbon2Chem Konsortium, wie grüner Wasserstoff fossile Brennstoffe in der Industrie ablösen kann. Die letzte Bundesregierung stattete das Projekt mit 140 Millionen Euro aus, 10 Millionen davon bekam die Firma Obrist, deren Methanol-Elektroauto ein „Technologieschaufenster“ dieses Forschungsprojektes ist. Foto rechts: Der Prototyp des Obrist Hyperhybrid. Dieses Fahrzeug macht Autofahren „klimapositiv“.

viele batterieelektrische Autos verkauft, baut aber derzeit in Chile auch eine Fabrik, die mit Windenergie Efuels herstellen soll. In seinem Grußwort betont Steiner, wie wichtig Technologieoffenheit sei. Man müsse „immer wieder technologieoffen denken und handeln, wenn man Forscher in Leitplanken sperrt, entsteht nichts Neues“.

Lindaus Oberbürgermeisterin Claudia Alfons freut sich über die neue High-Tech Firma in ihrer Stadt. Die soll bis 2035 klimaneutral werden. Alfons hofft, dass Lindau mit der Obrist-Technologie vielleicht sogar klimapositiv werden könne. Und Katarina Barunika von der UN-Organisation UNIDO in Wien, die nachhaltige Industrieentwicklung in Entwicklungsländern vorantreiben will, spricht über die „großen Chancen für Afrika“. Die sonnenreichen Länder wären ideal, um dort grünen Kraftstoff für die Energieversorgung der Zukunft zu produzieren.

### 10 Millionen Euro Förderung für Obrist

Die letzte Bundesregierung hat das ganz ähnlich gesehen. Im Rahmen des Forschungsprojektes „Carbon2Chem“ hat sie Obrist als „sogenanntes Technologieschaufenster“ für grünen Wasserstoff mit zehn Millionen Euro gefördert. Trotzdem ist es bis zur Serienfertigung von Elektroautos Typ Hyperhybrid noch ein weiter Weg.

## Verbrenner-Verbot ab 2035: Echter Klimaschutz geht anders!

„Mit welcher Technologie Klimaziele erreicht werden, sollten wir Herstellern und Kunden überlassen“ – Von Markus Ferber

Anfang Juni stimmte das Europäische Parlament über neue Details zum „Fit for 55“-Paket, dem Herzstück des europäischen „Green Deals“, ab. Dazu gehören auch die neuen CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen für neue PKW und leichte Nutzfahrzeuge. In diesem Zusammenhang forderten die Fraktionen der Linken und Grünen ein vollständiges Aus für neue Verbrennermotoren ab 2035 und setzten sich mit dieser Position bar jeglicher Umsetzbarkeit und Praktikabilität auch durch. Damit steuert die EU ihre zukünftige Verkehrspolitik per Einbahnstraße in die Elektromobilität, zulasten von technologischer Offenheit, Arbeitsplätzen und dem Industriestandort Deutschland. So setzt die linke Mehrheit im Parlament alles auf eine Karte und blendet dabei jegliche Alternativen wie vor allem synthetische Kraftstoffe aus. Doch gerade der Verbrennungsmotor könnte mit synthetischen Kraftstoffen große Chancen bieten. Schließlich kommt es auf den Treib-

stoff an. Das gilt für den Verbrenner ebenso wie für das Elektroauto. Denn solange der benötigte Strom aus fossilen Energiequellen bezogen wird, ist auch ein elektrisches Fahrzeug nicht emissionsfrei. Als EVP wollten wir eine faire, wissenschaftliche Betrachtung und den Wettbewerb um die besten Ideen. Aus unserer Sicht ist die Aufgabe der Politik, ambitionierte Reduktions- und Klimaziele zu setzen. Aber mit welcher Technologie diese Ziele erreicht werden, sollten wir Herstellern und Kunden überlassen: Stichwort Technologieneutralität bzw. -offenheit. Dagegen betreiben die Grünen, die Sozialdemokraten und auch weite Teile der europäischen Liberalen lieber eine ideologische Verbotspolitik, die weder unserem Weltklima noch der europäischen Wettbewerbsfähigkeit dient. Dass dabei bis zu einer halben Million Arbeitsplätze verloren gehen könnten, insbesondere in der Zuliefererindustrie, nehmen sie billigend in Kauf. Ganz zu schweigen von den

horrenden Kosten für den Ausbau unserer Infrastruktur hin zu reiner E-Mobilität, die vor allem den Steuerzahler belasten. Doch was bedeutet das für die Wirtschaft, insbesondere den Bereich Handwerk und Industrie? Was ist mit Spezialanwendungen, für die es noch keine E-Antriebskonzepte gibt? Das sind Fragen, die es künftig zu beantworten gilt. Denn die ganze Infrastruktur ist schlichtweg nicht in der Lage, bis 2025 voll auf elektrisch umzustellen. Zudem würde eine Verkehrswende in Richtung Elektromobilität-only auch den Aufbau neuer Abhängigkeiten nach sich ziehen. Daher sollten wir neben der Infrastruktur, dem Preis und der Reichweite auch über das Herz des E-Autos diskutieren: die Batteriezellen, die überwie-



Europaabgeordneter Markus Ferber, Mitglied des Bundes der Steuerzahler in Bayern: „Es handelt sich bei dem kategorischen Verbot des Verbrennungsmotors schlichtweg um eine pauschale Innovationsblindheit mit fatalen Folgen für Umwelt, Klima, Wirtschaft und Steuerzahler.“ Foto: CSU-Europagruppe

gend aus China stammen. Das heißt, mit der Absage an die Technologieneutralität verstricken wir uns in neue Abhängigkeitsverhältnisse, die wir gerade in der aktuellen Energiekrise und sich wandelnder geopolitischer Strukturen und Machtgefüge eigentlich vermeiden wollen.

Hinzu kommt, dass besagte Batterien dort meist unter relativ hohem CO<sub>2</sub>-Verbrauch hergestellt werden, da die Energie für die Herstellung oft aus der Verbrennung von Kohle und Erdöl stammt. Damit würde die neue Abhängigkeit von China letzten Endes nur zu Carbon Leakage führen: der Verlagerung von treibhausgasverursachenden Industrien in Länder außerhalb der EU, die sich nicht an die hohen Standards der europäischen Klimaziele halten. Darüber hinaus werden für die Produktion dieser Akkus oft knappe Rohstoffe wie Nickel, Lithium, Gra-

phit oder auch Kobalt verwendet, deren Abbau zu schweren Schädigungen der Umwelt führen kann. Unterm Strich kann also auch die absolut einseitige Forcierung der scheinbar unantastbaren E-Mobilität sowohl Umwelt und Klima als auch Wirtschaft und Steuerzahlern mehr schaden als nützen. Aus

diesem Grund handelt es sich beim kategorischen Verbot des Verbrennungsmotors schlichtweg um eine pauschale Innovationsblindheit mit fatalen Folgen. Damit schlitzen wir in eine ungewisse Zukunft - ein katastrophales Zeichen für den Industriestandort Deutschland sowie die gesamte EU.

## Für eine verbraucher- und industrie- freundliche Klimaschutzgesetzgebung

Von Prof. Dr. Angelika Niebler

Vor einem Jahr haben wir im Europäischen Parlament ein Klimagesetz verabschiedet, nach dem Europa bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden soll. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 reduziert werden. Die Kommission hat zum Erreichen dieses Ziels mehrere Gesetzesvorschläge im sogenannten „Fit-für-55“-Paket vorgelegt, die in dieser Woche im Europäischen Parlament zur Beratung und Abstimmung auf der Tagesordnung standen.

Bei den Beratungen war uns CSU-Europaabgeordneten wichtig, dass wir bei der Umsetzung der ambitionierten Klimaziele unsere Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Unternehmen mitnehmen. Die Folgen der Coronapandemie und die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine belasten Verbraucher und Industrie bereits sehr. Wir müssen daher aufpassen, dass wir mit unseren Vorschlägen nicht das Leben, Arbeiten und den Verkehr noch mehr verteuern. Das tägliche Leben muss bezahlbar bleiben. Ebenso dürfen wir nicht zulassen, dass Unternehmen ihre Betriebe in Regionen verlegen, in denen weniger strenge Klimavorschriften gelten. Europa darf nicht deindustrialisiert, sondern muss dekarbonisiert werden.

Bei der Abstimmung zu den Klimaschutzvorschlägen waren zwei Themen besonders strittig: Erstens stand die Frage zur Abstimmung, ob wir im Bereich Mobilität in Zukunft nur auf E-Autos setzen sollen. Zweitens haben wir über die Reform des Emissionshandels, dem Herzstück der Klimagesetzgebung, abgestimmt. Für jede emittierte Tonne CO<sub>2</sub> müssen Unternehmen eine Berechtigung erwerben. Dies soll durch die Reform verteuert werden. Dadurch schaffen wir Anreize, dass Unternehmen in klimafreundliche Technologien investieren.

### Elektromobilität und Verbrennungsmotor

Mit knapper Mehrheit haben Grüne, Linke, große Teile der europäischen Sozialdemokraten und Liberalen für das Aus des Verbrennungsmotors gestimmt. Wir haben diese inzwischen abgemilderte Entscheidung heftig kritisiert: Elektromobilität wird sicher eine gute Zukunft haben, insbesondere dann, wenn die Ladeinfrastruktur zügig ausgebaut



Europaabgeordnete Prof. Dr. Angelika Niebler, Mitglied des Bundes der Steuerzahler: „Die anderen Parteien lassen außen vor, dass auch E-Autos CO<sub>2</sub> emittieren, wenn man nicht nur am Auspuff misst, sondern den ganzen Herstellungsprozess des Autos bewertet, wie dies eigentlich richtig gewesen wäre.“ Foto: CSU-Europagruppe

wird. Aber wir dürfen nicht nur auf E-Autos setzen. Es gibt auch klimafreundliche Alternativen zum E-Auto, wie Verbrenner, die mit nachhaltigen Kraftstoffen gefahren werden. Wir sollten als Gesetzgeber keine Technologie ausschließen. Technologieoffenheit ist eigentlich das Gebot der Stunde. Die anderen Parteien lassen außen vor, dass auch E-Autos CO<sub>2</sub> emittieren, wenn man nicht nur am Auspuff misst, sondern den ganzen Herstellungsprozess des Autos bewertet, wie dies eigentlich richtig gewesen wäre.

## „Die Gewissheit schwindet, dass sich die westlichen Werte der Freiheit, Gleichheit und der rechtsstaatlichen Demokratie langfristig durchsetzen“

Professor Dr. Gregor Kirchhof: Es geht um eine Selbstbehauptung Europas und des Westens

Im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung des Europäischen Wirtschaftssenats sowie des europäischen Bundes der Steuerzahler, sprach Professor Dr. Gregor Kirchhof unter anderem über die Selbstbehauptung Europas in einer globalisierten Welt. Die europäische Integration habe den Menschen und den Staaten der EU ein zuvor nicht gekanntes Maß an Frieden, Freiheit, innerer Einigung und Wohlstand gebracht: „Die nächsten Generationen werden uns daran messen, ob und wie weit wir dieses Erbe bewahren und mehren.“ Es seien drei historische Meilensteine, die den Weg weisen: die europäische Integration stehe für Frieden und Versöhnung. Der Friedensauftrag sei hochaktuell. Auch die innere Einigung müsse angesichts kraftvoller Fliehkräfte in der EU wieder gestärkt werden. Die Beitrittsperspektive für die Ukraine, der NATO-Gipfel in Madrid, der Green Deal, eines der zentralen Projekte der Kommission, die Aktualisierung des Europarechts oder Möglichkeiten der Stärkung des Europaraums sind weitere Schwerpunkte des Interviews. Die Fragen stellte Chefredakteur Rudolf G. Maier.

**Klartext:** Bundeskanzler Scholz macht sich um die Zukunft der Europäischen Union Sorgen. Er pocht auf EU-Reformen als Bedingung für die Aufnahme der Ukraine und anderer Mitglieder in die Gemeinschaft. Wie beurteilen Sie diese Forderung?

**Professor Dr. Gregor Kirchhof, LL.M., Universität Augsburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Finanzrecht und Steuerrecht sowie Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Steuerrecht:** Die Europäische Union muss sie sich reformieren – auch unabhängig von einem Beitritt der Ukraine oder anderer Staaten. Der Bundeskanzler hat angesichts des grausamen völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Putins auf die Ukraine von einer Zeitenwende gesprochen. Diese Wende<sup>1</sup> geht über die beschriebene Sicherheits- und Energiepolitik hinaus. Die Welt verändert sich. Der Einfluss Chinas wächst. Die zukünftigen Rollen Russlands und Indiens sind – wie die Entwicklungen in Afrika und im mittleren Osten – nicht geklärt. Gleichzeitig schwindet die Gewissheit, dass sich die westlichen Werte der Freiheit, Gleichheit und der rechtsstaatlichen Demokratie lang-

fristig durchsetzen. Es geht um eine Selbstbehauptung Europas und des Westens.

**Klartext:** Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hat die Forderung erhoben, im Falle der Ukraine „nicht nach Schema F zu verfahren“. Der historische Moment müsse genutzt werden, der Ukraine den Status als EU-Kandidat zuzusprechen. Wie könnte ein Beitritt der Ukraine vollzogen werden?

**Professor Dr. Gregor Kirchhof:** Die Beitrittsperspektive für die Ukraine setzt ein wichtiges Signal der Solidarität auch angesichts des tiefen Leids, das der Krieg bewirkt. Für den Beitritt eines Landes gibt das Europa-

befürworten. Die erforderlichen Abkommen müssen von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Die Aufnahme der Ukraine ist also kein Selbstläufer. In einer geostrategischen Perspektive ist zu beachten, dass das Europarecht eine Verpflichtung kennt, die dem Grundgedanken der NATO ähnelt. Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf einen Mitgliedstaat schulden die anderen Staaten der EU diesem alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung.<sup>3</sup>

**Klartext:** In den ereignisreichen Monat Juni fiel auch der NATO-Gipfel in Madrid – verständlicherweise ebenfalls geprägt durch



Professor Dr. Gregor Kirchhof, LL.M., Universität Augsburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Finanzrecht und Steuerrecht sowie Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Steuerrecht. Kirchhof arbeitet insbesondere im Steuer- und Finanzrecht, im Verfassungsrecht sowie zu den Grundlagen der Europäischen Union. Sein besonderes Interesse gilt dabei übergreifenden Fragestellungen und Maßstäben wie der Entwicklung der europäischen Integration, ihren rechtsstaatlichen und demokratischen Grundlagen, den Finanzen des Staates und der Union, dem Steuerverfassungsrecht sowie weiteren nationalen und internationalen Prinzipien des Steuer- und Finanzrechts. Gregor Kirchhof hatte zunächst eine Professur an der LMU München inne. Er war Fellow am Forschungkolleg normative Gesellschaftsgrundlagen in Bonn und ist u.a. Mitbegründer des Round Table Digitalisierung der Steuerberaterkammer München, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft, des Münchner Unternehmenssteuerforums, des Strategischen Beirats von „Die Familienunternehmer“ sowie des Vorstands der Münchner Europa Konferenz. Foto: Kirchhof

recht zwei Schritte vor.<sup>2</sup> Der Staat, der beitreten will, muss erstens die gemeinsamen Werte der EU achten und fördern. Nur eine rechtsstaatliche Demokratie, in der die Menschenwürde und die weiteren Menschenrechte gewahrt werden, darf Mitglied der Union werden. Zweitens ist dem vorgeschriebenen Verfahren zu folgen. Der Rat hat nach Zustimmung des Europäischen Parlaments die Aufnahme einstimmig zu

die Folgen und Notwendigkeiten nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Wie schätzen sie das neue strategische Konzept der NATO ein?

**Professor Dr. Gregor Kirchhof:** Die NATO ist gegenwärtig eine der wichtigsten Institutionen weltweit – wer hätte das angesichts der scharfen Kritik vor wenigen Jahren gedacht? Auch das Beispiel der WHO in der Pandemie zeigt, dass internationale Kooperationen zu



„Freiheit in Sicherheit und Solidarität – sieben Thesen für die Konferenz zur Zukunft Europas“ übergeben durch Professor Dr. Franz-Christoph Zeitler, Vorsitzender des Ausschusses Finanzmärkte des Wirtschaftsbeirates Bayern und Professor Dr. Gregor Kirchhof, LL.M., Universität Augsburg, Lehrstuhl für öffentliches Recht, Finanzrecht und Steuerrecht sowie Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Steuerrecht an Professor Dr. Angelika Niebler, Europaabgeordnete und Präsidentin des Wirtschaftsbeirates Bayern, Mitglied des Bundes der Steuerzahler, die neugewählten, EVP-Chef Manfred Weber und Dr. Johann Schachtner, Generalsekretär des Wirtschaftsbeirats übergeben.

pflügen sind. Die NATO reagiert in ihrem neuen Konzept unmittelbar auf den russischen Angriffskrieg, sowie auf Konflikte in Afrika und im mittleren Osten. Das Konzept richtet sich zudem gegen Terrorismus, weitere Bedrohungen der Zivilbevölkerung sowie gegen Cyberangriffe. Wenn wir auf die Sicherheit, aber auch auf die Energie- und Klimapolitik, den Gesundheitsschutz oder Fragen der Migration und Digitalisierung blicken, wird eines deutlich: Anders als zu-

mit Präsident Dr. Ingo Friedrich sowie des europäischen Bundes der Steuerzahler mit Präsident Rolf Baron von Hohenhau über die Selbstbehauptung Europas in einer globalisierten Welt gesprochen – auch angesichts der durch die Corona-Pandemie aufgedeckten Stärken und Schwächen Europas. Was verstehen Sie unter dieser Selbstbehauptung?

**Professor Dr. Gregor Kirchhof:** Die europäische Integration hat den Menschen und

gration steht – erstens – nach dem Zweiten Weltkrieg für Frieden und Versöhnung. Der Friedensauftrag ist leider hoch aktuell. Auch die innere Einigung ist angesichts kraftvoller Fliehkräfte in der EU wieder zu stärken. Der Brexit bewirkt einen historischen Verlust. Die Probleme mit Ungarn und Polen sind zu lösen. Der Binnenmarkt garantiert – zweitens – überstaatliche Freiheiten, die kein Staat allein gewährleisten kann. Der Schengenraum verzichtet auf Personengrenzkontrollen. Jeder Grenzübertritt ist seitdem – auch in Zeiten der Pandemie – ein Erlebnis europäischer Freiheit und Gleichheit. Drittens war die Osterweiterung die größte historische Errungenschaft der EU seit dem Fall des Eisernen Vorhangs. Zunächst war ungewiss, ob sich die Staaten im Osten an Russland orientieren, den Weg in den Westen finden oder in einem unsicheren Zwischenstatus bleiben. Mit dem Beitritt zur Union aber war die Ausrichtung klar. Es konnten sich – bei allen Problemen, die wir heute mit Ungarn und Polen haben – moderne rechtsstaatliche Demokratien entwickeln. Die europäische Integration steht für Frieden und Versöhnung, für eine überstaatliche Freiheit und für den Schutz moderner Staatlichkeit. Auf diese Ziele sollte sie sich wieder stärker besinnen.

**Klartext:** Wie kann der Schutz der europäischen Freiheitsidee am besten gewährleistet werden?



Foto rechts: Diskussion und Meinungsaustausch im Rahmen der Informationsveranstaltung des Wirtschaftsbeirates Bayern, von rechts, Rolf Baron von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler, Professor Dr. Gregor Kirchhof, LL.M., Diplom-Kaufmann Michael Jäger, Generalsekretär des europäischen Bundes der Steuerzahler und Dr. Johann Schachtner, Generalsekretär des Wirtschaftsbeirates Bayern. Foto links: Vortrag von Professor Dr. Gregor Kirchhof, LL.M., zum Thema: „Selbstbehauptung Europas in einer globalisierten Welt“ im Rahmen einer Veranstaltung des Europäischen Wirtschaftssenats sowie des europäischen Bundes der Steuerzahler, von links, Unternehmer Eduard Kastner, Vorsitzender der Kommission Innovation, Europäischer Wirtschaftssenat, Rolf Baron von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, gleichzeitig Präsident des europäischen Bundes der Steuerzahler, Referent Professor Dr. Gregor Kirchhof LL.M., und Dr. Ingo Friedrich, Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats. Fotos: Maier

weilen angenommen beginnt eine neue Zeit der überstaatlichen Zusammenarbeit, des Multilateralismus.

**Klartext:** Herr Professor Kirchhof, Sie haben im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung des Europäischen Wirtschaftssenats

Staaten der EU ein zuvor nicht gekanntes Maß an Frieden, Freiheit, innerer Einigung und Wohlstand gebracht. Die nächsten Generationen werden uns daran messen, ob und inwieweit wir dieses Erbe bewahren und mehren. Drei historische Meilensteine weisen hier den Weg. Die europäische Inte-

**Professor Dr. Gregor Kirchhof:** Die Europäische Union hat – ganz im Sinne der genannten historischen Meilensteine – drei Kraftquellen: die europäischen Organe, die Mitgliedstaaten und die unterschiedlichen Zivilgesellschaften, also die Menschen. Wollen wir die Freiheit schützen und die großen

Ziele der Zeit wie die Klimawende oder eine umfassende Digitalisierung erreichen, müssen wir alle drei Kraftquellen nutzen. Wer meint, Kernanliegen allein aus Brüssel durchsetzen zu können, wird scheitern.

**Klartext:** Wie ist insofern eines der zentralen Projekte der Kommission, der Green Deal, zu bewerten?

**Professor Dr. Gregor Kirchhof:** Das Ziel des Green Deal, die Treibhausgasneutralität in der EU zu erreichen, steht außer Frage. Doch sind die gewählten Mittel zu hinterfragen. Die Kommission meint in Detailplänen und einer Taxonomie dem Klimaschutz zu dienen. Die Taxonomie will Unternehmen nach grünen und sozialen Kriterien bewerten. Der bürokratische Aufwand ist hoch. Solche planwirtschaftlichen Tendenzen werden der Union nachhaltig schaden. Die Kommission und die weiteren europäischen Organe sollten wieder stärker auf die Freiheit setzen. Es ist dieser Markenkern des Westens, der uns in der Vergangenheit erfolgreich gemacht hat. Ein aktuelles Beispiel: In der Pandemie haben nicht die Planwirtschaften Chinas und Russlands der Welt den großen Segen eines effektiven Impfstoffes beschwert, sondern der Forscher- und Unternehmertegeist weniger. Heutet steht BioNTech allein für 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung Deutschlands und hat die Stadt Mainz saniert – in der Perspektive, weitere Hightech-Unternehmen anzuziehen.

**Klartext:** Warum muss aus Ihrer Sicht das Europarecht insgesamt aktualisiert und modernisiert werden?

**Professor Dr. Gregor Kirchhof:** Die Klage über die Qualität des Europarechts, die Überregulierung und die hohen bürokratischen Lasten, ist so alt wie das Europarecht selbst. Doch haben wir die Probleme nicht nur bis heute nicht gelöst, sondern in den letzten Jahren intensiviert. Zu dem oft zu detaillierten Sekundärrecht – den Richtlinien und Verordnungen – treten immer mehr Regeln eines Tertiär- und Quartärrechts. Eigene delegierten Rechtssätze der Kommission und vermehrt auch europäische Agenturen prägen durch Detailregeln ganze Lebensbereiche. Der Befund von Alexis de Tocqueville ist leider hoch aktuell: Ein Netz kleiner, verwickelter, enger und einheitlicher Regeln zwingt zwar selten zum Handeln, steht aber ständig dem Handeln im Wege, belästigt, bedrängt und entkräftet. Die europäische Rechtsetzung muss wieder stärker auf die Freiheit ausgerichtet sein. Wir brauchen einen freiheitlichen Aufbruch, wie ihn der Binnenmarkt gebracht hat.

Sonst erreichen wir unsere Ziele nicht und verlieren an Wohlstand und Einfluss. Letztlich geht es auch darum, Entscheidungsstrukturen in der EU zu verändern.

**Klartext:** Ist die Modernisierung der Strukturen und Entscheidungsprozesse in der EU überfällig?

**Professor Dr. Gregor Kirchhof:** Bisher kann nur die Kommission europäische Gesetze auf den Weg bringen. Sie hat das sog. Initiativmonopol. Einem Gesetzesvorschlag müssen der Rat und das Europäische Parlament in der Regel zustimmen. Dieses Verfahren erzeugt seit Jahren eine Überregulierung und bürokratische Lasten. Ein verlässlicher Pfad zu einem besseren Europarecht ist – trotz vieler Initiativen – bisher nicht gefunden. Das Verfahren ist daher zu verändern. Dabei könnte die Demokratie in der EU gestärkt werden – eines der wichtigen Ziele der aktuellen Kommission. Nur das Parlament und der Rat sollten in Zukunft Gesetzesvorschläge dürfen. Beide Organe sind besser demokratisch legitimiert als die Kommission. Die Expertise der Kommission, Gesetzesinitiativen auszuarbeiten, wäre weiterhin notwendig. Doch ohne eine Mehrheit im Parlament oder im Rat würde kein Vorschlag debattiert. Gesetzesvorschläge würden dann nicht mehr abstrakt von der Kommission, sondern konkret von einer Mehrheit im Parlament oder bestimmten Staaten im Rat verantwortet. Diese Verantwortungs-zurechnung würde die Demokratie stärken und die Debatten über die Vorschläge beleben. Das Parlament und der Rat würden in eine stärkere Verantwortung für das Europarecht genommen – in der Hoffnung, so die Zahl der Rechtsakte deutlich zu reduzieren und ihre Qualität zu verbessern.

**Klartext:** An welche weiteren Reformen denken Sie?

**Professor Dr. Gregor Kirchhof:** Die Europäische Union muss insgesamt handlungsfähiger werden. In zentralen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik ist das Einstimmigkeitsprinzip aufzugeben. Auch sollten der EU neue Kompetenzen übertragen werden, um die gemeinsamen Anliegen der Sicherheit, des Klimaschutzes, der Energiepolitik und der Digitalisierung zu stärken. Gleichzeitig sind aber den Mitgliedstaaten spürbar Entscheidungsräume zurückzugeben. Seit den 1990er Jahren erleben wir einen zunehmenden Zentralismus in Europa. Die zwei weiteren Kraftquellen der Union, die Staaten und die Zivilgesellschaften, sind wieder zu stärken.

**Klartext:** Herr Professor Kirchhof, Sie haben mit Professor Dr. Franz-Christoph Zeidler, dem Vorsitzenden des Ausschusses Finanzmärkte des Wirtschaftsbeirates Bayern, unter der Schlagzeile: „Europa: Freiheit in Sicherheit und Solidarität“ sieben Thesen für die Konferenz zur Zukunft Europas entwickelt und verschiedenen Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Straßburg vorgestellt. Zusammen mit Professor Dr. Angelika Niebler, Europaabgeordnete und Präsidentin des Wirtschaftsbeirates Bayern, und Dr. Johann Schachtner, dem Generalsekretär des Wirtschaftsbeirats, haben Sie die Thesen auch an den neu gewählten EVP-Chef Manfred Weber übergeben. „Im Machtgefüge der Blöcke USA, China, Indien und Russland muss sich Europa“ – so Professor Dr. Niebler bei der Übergabe – „mehr denn je aus eigener Kraft selbst behaupten. Nur als Gemeinschaft der Freiheit und des Rechts, kann sie den Menschen durch Sicherheit und Solidarität neues Vertrauen, neue Perspektiven bieten.“ Die Thesen weisen Parallelen zu den Anliegen des europäischen Bundes der Steuerzahler auf. So sprechen sie sich auch für die Stabilisierung des Euroraums aus. Welche Ziele muss eine nachhaltige Finanz- und Währungspolitik haben, um den Euroraum für die Zukunft abzusichern?

**Professor Dr. Gregor Kirchhof:** Der Euro ist seit Jahren in einer Krise. Soll das Freiheitsprojekt der gemeinsamen Währung wieder an Einfluss und Attraktivität gewinnen, ist die Krise nachhaltig in einer Rückkehr zu den „Maastrichter Prinzipien“ zu überwinden. Dann bestünde die Hoffnung, den Euroraum durch neue wirtschaftlich starke Staaten – ich denke an Schweden, Polen oder die Tschechische Republik – zu erweitern und entscheidend zu stärken. Die hohe Staatsverschuldung schwächt den Euro, die Mitgliedstaaten und die EU. Die vergangenen Jahre sind durch fünf Krisen geprägt, durch die Finanz- und Schuldenkrise, die Flüchtlingskrise, die Pandemie und nun den Krieg. Die Europäische Union und die Staaten haben – bei aller berechtigter Kritik – auf diese Herausforderungen insgesamt angemessen reagiert. Doch ist im Umgang mit den Krisen ein gefährlicher roter Faden zu erkennen. Die Staatsschulden wurden und werden stetig gesteigert, um die Folgen der Krisen zu dämpfen. Hinzu treten die gemeinsamen europäischen Anleihen, die Next Generation EU genannt werden. Die Gesamtentwicklung ist äußerst heikel. Sie wirkt – anders als proklamiert – ersichtlich zum Nachteil der nächsten Generation. Zu den hohen Schulden treten weitere Bürden,

die in die Zukunft geschoben wurden – die Modernisierung von Infrastrukturen, die atomare Endlagerung, die angesichts der demographischen Entwicklung notwendige Reform der Sozialsysteme und der Klimaschutz. Der nächsten Generation sind nicht Lasten aufzubürden, sondern Freiräume zu schaffen. In einer soliden Finanz- und Währungspolitik würde sich die EU nachhaltig stärken und der Generationengerechtigkeit dienen.

**Klartext:** Unsere Leserinnen und Leser finden am Ende des Interviews den Link zu den sieben Thesen.<sup>4</sup> Welchen abschließenden Rat geben Sie potenziellen Unterstützern im Europäischen Wirtschaftssenat sowie im Bund der Steuerzahler?

**Professor Dr. Gregor Kirchhof:** Lassen Sie mich mit einem Beispiel aus der Pandemie

antworten. Die erste Welle haben wir gebrochen, weil wir Rücksicht aufeinander genommen und uns gegenseitig geholfen haben. Nachbarn haben füreinander eingekauft, helfende Vereine wurden gegründet und Unternehmen haben ihre Produktion umgestellt, um Masken und weitere notwendige Produkte zu erzeugen. Wir haben

die Hygieneregeln befolgt, bevor sie rechtlich verbindlich waren. Die normative Kraft der Zivilgesellschaft kann Berge versetzen. Sie ist die Kraftquelle des Westens – und gibt Grund für Optimismus.

**Klartext:** Herr Professor Kirchhof, herzlichen Dank für dieses Interview.

<sup>1</sup> Gregor Kirchhof hat mit Daniel S. Hamilton und Andreas Rödder kurz vor dem Angriffskrieg einen interdisziplinären Sammelband mit Essays zur Zukunft der Europäischen Union unter dem Titel „Zeitenwende?“ / „Paradigm Lost?“ in deutscher und englischer Sprache herausgebracht, der frei im Internet zugänglich ist ([https://assets.uni-augsburg.de/media/filer\\_public/1e/c8/1ec8bd1d-6115-40d9-ab62-56892dbc747c/zeitenwende-complete.pdf](https://assets.uni-augsburg.de/media/filer_public/1e/c8/1ec8bd1d-6115-40d9-ab62-56892dbc747c/zeitenwende-complete.pdf)) sowie [https://assets.uni-augsburg.de/media/filer\\_public/a6/e3/a6e3b2e7-8d34-4db3-b2de-24964f051244/paradigm-lost-book.pdf](https://assets.uni-augsburg.de/media/filer_public/a6/e3/a6e3b2e7-8d34-4db3-b2de-24964f051244/paradigm-lost-book.pdf))

<sup>2</sup> Anmerkung der Redaktion: Art. 49 EUV.

<sup>3</sup> Anmerkung der Redaktion: Art. 42 Abs. 7 EUV.

<sup>4</sup> Link zum deutschen Dokument: [https://assets.uni-augsburg.de/media/filer\\_public/19/38/1938ed28-3cd8-41a4-bbaf-06007eb12007/2022\\_05\\_03-sieben\\_thesen\\_fur\\_die\\_konferenz\\_zur\\_zukunft\\_europas.pdf](https://assets.uni-augsburg.de/media/filer_public/19/38/1938ed28-3cd8-41a4-bbaf-06007eb12007/2022_05_03-sieben_thesen_fur_die_konferenz_zur_zukunft_europas.pdf)  
Link zum englischen Dokument: [https://assets.uni-augsburg.de/media/filer\\_public/b3/2f/b32f9b5f-e6f0-47e9-97e9-497c82335364/2022\\_05\\_13-seven\\_theses\\_for\\_the\\_conference\\_on\\_future\\_europe.pdf](https://assets.uni-augsburg.de/media/filer_public/b3/2f/b32f9b5f-e6f0-47e9-97e9-497c82335364/2022_05_13-seven_theses_for_the_conference_on_future_europe.pdf)

## Landtagsabgeordneter Alexander Muthmann, FDP, Mitglied des Bundes der Steuerzahler

Rolf Baron von Hohenhau: „Herzlich Willkommen im Einsatz für die Interessen der Steuerzahler“

Die Überreichung der Urkunde als Mitglied des Bundes der Steuerzahler in Bayern und herzliche Glückwünsche vor der Schuldenuhr des Verbandes in der Nymphenburger Straße, waren die traditionellen Amtshandlungen der Aufnahme von Alexander Muthmann in den Verband, der sich die Interessenvertretung der Steuerzahler auf die Fahnen geschrieben hat. Im Sinne des Leitspruches „Wachsamkeit ist Bürgerpflicht“ sei jeder Abgeordnete herzlich Willkommen. Bei

der Neuaufnahme von Alexander Muthmann sei besonders erfreulich, dass er die Zuständigkeit für das von Fraktion und Landesvorstand beschlossene Volksbegehren zur Verkleinerung des Landtags übertragen bekommen hat. Bereits im „Klartext“-Interview hatte Muthmann, das auf Kosten der Steuerzahler aufgeblähte Parlament als unnötig und ineffizient bezeichnet. Und er hatte die Verweigerung der dringend notwendigen Wahlrechtsreform durch CSU und Freie Wäh-

ler verurteilt. Gleichzeitig hatte er über Ergebnisse des durch die FDP beauftragten Meinungsforschungsinstituts dimap, mit einem durchaus repräsentativen Ergebnis informiert. Von den insgesamt 1.506 befragten Bürgerinnen und Bürgern in Bayern, haben sich 72 Prozent für die Verkleinerung des Landtags ausgesprochen. Bei den Regierungsparteien fällt das Votum für einen kleineren Landtag noch höher aus: 77 Prozent waren es bei der CSU, 79 Prozent bei den Freien Wählern! Muthmann dankte den Vertretern des Bundes der Steuerzahler für die zugesagte Unterstützung des Volksbegehrens und das gemeinsame Vorgehen, mit dem Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern bei der Landtagswahl im nächsten Jahr auch die Abstimmung über die Verkleinerung des Landtags zu ermöglichen. Über die Gründe für die Blockadehaltung der Landtagsmehrheit waren sich die Gesprächspartner einig: die aktuelle Rechtslage ermögliche es, den Parteien ihre Landtagsmandate auf Kosten der Steuerzahler zu vermehren. Die CSU hole nach den geltenden Spielregeln die meisten Direktmandate in Bayern. 2018 waren es 85 von insgesamt 91. Damit stelle beispielsweise diese Partei im Landtag fast 42 Prozent von 180 Abgeordneten, obwohl sie nur auf 37,2 Prozent der Stimmen komme. Diese Entwicklung müsse, so Präsident von Hohenhau und MdL Muthmann gestoppt werden.



Herzlich Willkommen beim Bund der Steuerzahler. Ein Händedruck und die Aufnahmeurkunde besiegelten den Beitritt des Landtagsabgeordneten Alexander Muthmann als Mitglied des Bundes der Steuerzahler. Die Glückwünsche kamen von Präsident Rolf Baron von Hohenhau. Foto: Maier



Grund zur Freude hatten die Vertreter des Bundes der Steuerzahler in Bayern nach der erfolgreichen Protest- und Unterschriftenaktion gegen die weitere Aufblähung des Bayerischen Landtags. In Augsburg trugen sich am ersten Tag etwas über 1500 Bürgerinnen und Bürger in die Unterschriftenlisten ein. Im Bild, vor dem Info-Mobil mit der Forderung „160 Abgeordnete sind genug“ die Ansprechpartner, von links, Michael Stocker, Referent für Haushalt- und Kommunalpolitik, Diplomb-Kaufmann Michael Jäger, Vizepräsident, Rechtsanwältin Maria Ritch, Vizepräsidentin, Präsident Rolf Baron von Hohenhau und Gerd Koller, Mitarbeiter. Foto: BdSt

## XXL-Landtag stoppen! – 160 Abgeordnete sind genug! Erfolgreicher Start der Protestaktion des Bundes der Steuerzahler – 1500 Unterschriften am ersten Tag in Augsburg

Für den Bund der Steuerzahler in Bayern sei, so der Präsident der Organisation Rolf Baron von Hohenhau, mit der beschlossenen Änderung des bayerischen Landeswahlgesetzes ohne eine längst überfällige Wahlrechtsreform, das Maß voll gewesen. Erneut habe sich eine uneinsichtige Landtagsmehrheit, vor allem aus CSU und Freien Wählern, geweigert, die Entwicklung zu einem kostspieligen und ineffizienten XXL-Landtag zu stoppen. Der Verband mache deshalb Nägel mit Köpfen. Gerne mit Mitstreitern, wie der FDP-Landtagsfraktion. Weitere Unterstützer seien herzlich willkommen. Ein aufgeblähter, derzeit 205 Abgeordnete zählender, weiter anwachsender Bayerischer Landtag müsse verhindert werden. Jeder Abgeordnete verursache nach seriöser Berechnung in jeder Legislaturperiode, ohne Einbeziehung der Al-

terssicherung rund 1,4 Millionen Euro an Kosten. „Aus diesen und weiteren Gründen startete der Bund der Steuerzahler am Dienstag, 28. Juni in Augsburg seine Sommer-Schwerpunkt-Aktion mit der Forderung: „XXL-Landtag stoppen – 160 Abgeordnete sind genug“. Der Verband wolle mit seiner Protest- und Unterschriftenaktion aufklären, wachrütteln und letztlich die Politik zum Umdenken bringen. Ziel sei es, mit Bündnispartnern zu erreichen, dass die Wählerinnen und Wähler bei der Landtagswahl 2023 gleichzeitig auch über die Verkleinerung des Landtags abstimmen könnten, so Präsident von Hohenhau. Es sei ein großartiger Start dieser Aktion, dass bereits am ersten Tag in Augsburg mit gleichzeitig großem Interesse der Bürgerinnen und Bürger am Info-Mobil, etwas über 1500 Unterschriften geleistet

wurden. Diese Erfolgsbilanz, so von Hohenhau, stimme mit der vorausgegangenen Mitgliederbefragung überein, bei der sich fast 90 Prozent für die Verkleinerung des Landtags ausgesprochen hätten. Die Protest- und Unterschriftenaktion des Bundes der Steuerzahler werde am 5. Juli in Nürnberg sowie am 12. Juli in München fortgesetzt. Der Bund der Steuerzahler fordert mit seiner Aktion, den Landtag auf 160 Sitze zu verkleinern. Werde die Blockadehaltung der Landtagsmehrheit fortgesetzt, stehe für den Bund der Steuerzahler die Entscheidung über ein Volksbegehren auf der Tagesordnung. Von Hohenhau begrüßte den inzwischen gefassten Beschluss des FDP-Landesvorstandes, ein Volksbegehren zur Verkleinerung des Bayerischen Landtags zu initiieren, um durch eine Verfassungsänderung die Sollgröße des zuletzt auf

205 Abgeordnete stark angewachsenen Parlaments von aktuell verfassungsgemäß 180 auf verfassungsgemäß 160 Abgeordnete zu verringern und die Zahl der Stimmkreise entsprechend zu reduzieren. Über diese Zielsetzung gebe es Übereinstimmung mit der FDP-Landtagsfraktion und dem Landesvorstand. Das gelte auch für die

weiteres Aufblähen des Landtags ist den Menschen im Land nicht vermittelbar – gerade jetzt, wo viele den Gürtel enger schnallen müssen. Wir haben im Landtag bereits mehrmals eine Verschlinkung des Parlaments beantragt. Leider blockieren CSU und Freie Wähler die dringend notwendige Wahlrechtsreform. Wenn der Landtag

geordnete Alexander Muthmann zeigte sich erfreut über gemeinsame Weichenstellungen. Dazu gehöre der erfolgreiche Start der Unterschriftenaktion des Bundes der Steuerzahler und der FDP-Vorstandsbeschluss, die Bürger mit einem Volksbegehren entscheiden zu lassen.

### Hintergrund

Zu erinnern ist an die erfolgreiche Verschlinkung von Landtag und Staatsregierung: 1998 hatte die ÖDP das Volksbegehren „Schlanker Staat, schlanker Landtag“ mit dem Ziel gestartet, den Landtag von damals 204 auf 145 Sitze zu verkleinern. Der Bund der Steuerzahler hatte gleichzeitig, vor allem das Ziel dieser Initiative mit den Möglichkeiten der Verbandspolitik und dem Appell an seine Mitglieder unterstützt. Bereits vor Einreichen der notwendigen Unterschriften hat vor allem die CSU mit dem warnenden Beispiel der Abschaffung des Senats vor Augen, vor der drohenden drastischen Verkleinerung des Landtags auf 145 Mandate eingelenkt. Der Kompromiss sah dann vor, den Landtag auf 180 Sitze zu verkleinern. Dieser Beschluss wurde ohne größere Probleme mit der Landtagswahl 2003 umgesetzt. Inzwischen habe der Landtag bereits wieder 205 Abgeordnete und damit 25 mehr als in der Verfassung vorgesehen. Fachleute rechnen damit, dass es nach der Landtagswahl 2023 über 230 Abgeordnete werden könnten. Der erfolgreiche Start der Protest- und Unterschriftenaktion des Bun-



Die „Klartext“-Fotos zeigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundes der Steuerzahler in Bayern bei der Akquirierung von Unterschriften, mit dem Ziel, den Wählerinnen und Wählern bei der Landtagswahl des nächsten Jahres gleichzeitig die Möglichkeit zu geben, über die Verkleinerung des Bayerischen Landtags abzustimmen. Im Einsatz war das Info-Mobil des Bundes der Steuerzahler, an dem auch Informationsbroschüren verteilt wurden. Auch das Landespräsidium war vollzählig im Einsatz. Präsident Rolf Baron von Hohenhau und die Vizepräsidenten Rechtsanwältin Maria Ritch und Diplom-Kaufmann Michael Jäger hatten selbst erheblichen Anteil an den sehr guten Ergebnissen: In Augsburg wurden von den Bürgerinnen und Bürgern bereits am ersten Tag der Aktion rund 1500 Unterschriften gegen einen aufgeblähten Landtag geleistet. In Nürnberg waren es - ebenfalls an einem Tag - über 1300 Bürger, die mit ihrer Unterschrift protestiert hatten. Fotos: BdSt



dazu abgegebene Erklärung des FDP-Landesvorsitzenden Martin Hagen: „Bayern leistet sich das größte Landesparlament Deutschlands und dieses droht noch weiter anzuwachsen. Mehr Abgeordnete machen den politischen Betrieb aber nicht besser, sondern nur erheblich teurer. Wir wollen einen schlanken und effizienten Staat. Ein

selbst nicht willens ist, die Zahl seiner Abgeordneten zu beschränken, dann muss eben das Volk die Sache in die Hand nehmen. Wir wissen aus Umfragen, auch des Bundes der Steuerzahler, dass eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unser Anliegen unterstützt.“ Der für die FDP das Volksbegehren betreuende Landtagsab-

des der Steuerzahler in Augsburg, mit 1500 Unterschriften am ersten Tag sei, so Präsident von Hohenhau, sicher auch ein letzter Wink an Parteien, die der Meinung sind, durch die Verweigerung einer Wahlrechtsreform weiterhin ihre Landtagsmandate auf Kosten der Steuerzahler beliebig vermehren zu können.

# Das neue Selbstverständnis des Staates als „freier Unternehmer“

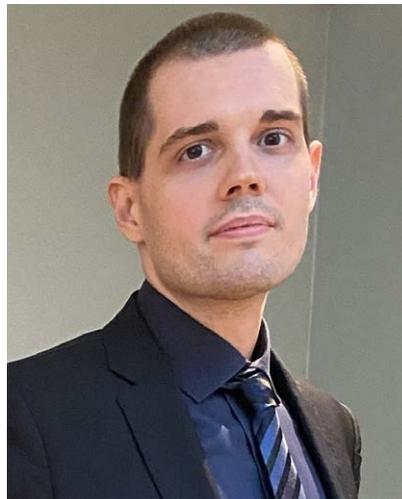
## Zurück zu einer gemeinwohlorientierten, bürgernahen Politik – Von Dominik Klauck

**Der Bund der Steuerzahler setzt sich unter anderem dafür ein, dass sich die öffentliche Finanzwirtschaft in die Gesamtwirtschaft einfügt und sich am Ordnungssystem einer sozialverpflichteten Marktwirtschaft ausrichtet. Die wirtschaftlichen Beteiligungen der öffentlichen Hand sollen weitestgehend privatisiert werden. Dieses Anliegen des Bundes der Steuerzahler war seit dessen Gründung im Jahr 1949 noch nie so aktuell wie heute, weil die Politik im Begriff ist, grundlegende Entwicklungen der Privatisierung wieder zurückzudrehen. Rechtsanwalt Dominik Klauck, Mitglied des Bundes der Steuerzahler, befasst sich aus aktuellem Anlass mit den Folgen dieser Entwicklung.**

Die Privatisierung staatlicher Unternehmen wurde in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge der Renaissance des Neoliberalismus seit dem Beginn der 1960er Jahre maßgeblich vorangetrieben. Gesamtstaatlich bedeutende Entwicklungen waren beispielsweise die Privatisierung der VEBA AG (heute: E.ON), der Deutschen Bundespost (heute: Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG und Deutsche Postbank AG) und der Deutsche Lufthansa AG. Begleitet wurde die Entwicklung aber auch von vielen kleineren Privatisierungen etwa im Bereich der Krankenhäuser, der städtischen Energieversorger, der Müllabfuhr und des Personennahverkehrs. Das Bestreben weg von öffentlich-rechtlichen Unternehmen und hin zur Privatisierung ist von der Überzeugung getragen, dass Private die Aufgaben effektiver, flexibler und innovativer erfüllen, weil sie selbst unmittelbar vom Erfolg ihres Unternehmens profitieren und das Unternehmen aus eigener Kraft betreiben. Der politische Wille, möglichst viele Aufgaben in die Hand privater Unternehmer zu legen, ging sogar so weit, dass in den Ländern Hessen, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt erste Justizvollzugsanstalten teilprivatisiert wurden.

Seit ca. 15 Jahren lässt sich demgegenüber ein spürbarer gegenläufiger Trend hin zur Republikalisierung und Rekommunalisierung vernehmen. Insbesondere die Banken- und Finanzkrise der Jahre ab 2007 hat zu einem Misstrauen in gewissen Bereichen gegenüber der Aufgabenerfüllung durch Private geführt und die in den 1960er Jahren gewonnene Überzeugung von der Effizienz des freien Marktes in den Hintergrund treten lassen. Staatlicherseits begünstigt die Einführung

der Schuldenbremse das Interesse, durch unternehmerische Tätigkeit zusätzliche Einnahmen zu generieren und so öffentliche Haushalte ohne Steuererhöhungen zu konsolidieren. Das erhöhte Streben des Staates als „selbstbewusster Investor“ – so der damalige Staatssekretär des Bundesfinanzministeriums anlässlich der staatlichen Beteiligung an der Deutschen Lufthansa – nach Gewinn führt auch dazu, dass öffentlich-rechtliche Unternehmen unter anderen Rahmenbedingungen agieren und zunehmend nicht mehr die „öffentliche Daseinsvorsorge“ und damit



Rechtsanwalt Dominik Klauck, Mitglied des Bundes der Steuerzahler: „Der Staat hat aufgrund seiner Doppelrolle als vermeintlich gleichberechtigter Unternehmer einerseits und als Hoheitsträger andererseits häufig einen privilegierten Zugang zum Markt.“ Foto: Klauck

das Gemeinwohl im Vordergrund des staatlichen Handelns steht, sondern zugleich auch ein fiskalisch motivierter unternehmerischer Wettbewerb mit den privaten Konkurrenten. Doch kann eine auf Gewinnerzielung ausgerichtete unternehmerische Betätigung noch eine staatliche Tätigkeit sein, die im Interesse des Gemeinwohls liegt?

Die Einführung einer staatlichen Schuldenbremse, eine langjährige Forderung des Bundes der Steuerzahler, im Jahr 2009 letztlich auf Initiative sowohl Fraktion der CDU/CSU als auch der SPD war im Kern eine wirtschaftsliberale Forderung: Die jetzige Generation solle nicht auf Kosten zukünftiger Generationen leben, die die Rückführung der Staatsschulden über Steuergelder finanzieren müssen. Außerdem solle der Staat nicht durch eine übermäßige Kapitalnachfrage die Investitionskosten für private Unternehmer erhöhen. Diese Beweggründe würden gera-

dezu ins Gegenteil verkehrt, wenn die Einführung der Schuldenbremse staatlicherseits nunmehr zum Anlass für eine Ausweitung der eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit genommen würde. Insbesondere begünstigt die Teilnahme des Staates am Wettbewerb die Diskriminierungen privater Wettbewerber: Der Staat hat aufgrund seiner Doppelrolle als vermeintlich gleichberechtigter Unternehmer einerseits und als Hoheitsträger andererseits häufig einen privilegierten Zugang zum Markt. Privilegien, die dem Staat aufgrund seiner Rolle als Hoheitsträger zukommen bzw. zukommen können, sind beispielsweise

- die zumindest mittelbare Inanspruchnahme hoheitlicher Autorität,
- Informationsvorsprünge jeder Art, insbesondere in Bezug auf staatliche Planungsabsichten,
- der privilegierte Zugang zu hoheitlichen Mitteln, beispielsweise über kommunale Verbandsumlagen oder Fördermittel,
- Interessenkonflikte bei hoheitlichen Entscheidungsträgern in Richtung der öffentlich-rechtlichen Unternehmen.

Das Bundeskartellamt hat sich mit der Problematik des „Staates als Unternehmer“ bereits im Rahmen des Arbeitskreises Kartellrecht 2014 auseinandergesetzt und unter anderem die genannten Punkte kritisch hervorgehoben. Die Erfahrung aus der Praxis zeigt darüber hinaus, dass der Staat von den Möglichkeiten eines privilegierten Zugangs zum Wettbewerb durchaus auch im eigenen fiskalischen Interesse Gebrauch macht.

Dabei wird leider oft vergessen, dass die auf die freie unternehmerische Betätigung gerichteten Grundrechte des Grundgesetzes nur zu Gunsten des Privaten eingeräumt werden. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts macht es gerade keinen Unterschied, ob der Staat „spezifische“ Verwaltungsaufgaben wahrnimmt oder erwerbswirtschaftliche Zwecke verfolgt. Diese umfassende Grundrechtsbindung steht zwar nicht jeder staatlichen Tätigkeit von vornherein entgegen. Ein freier Wettbewerber ist der Staat jedoch – anders als der Private – gerade nicht. Ein weiteres wichtiges Schutzinstrument für die privaten Marktteilnehmer enthält darüber hinaus das Recht der Europäischen Union, das auf die Herstellung eines freien europäischen Binnenmarktes gerichtet ist und hierzu insbesondere mit den Grund-

freiheiten sowie dem unionalen Beihilferecht der Bildung staatlicher Monopole entgegensteht. Aus der Perspektive des Unionsrechts spielt es dabei keine Rolle, ob ein Unternehmen durch einen privaten oder einen öffentlich-rechtlichen Träger gehalten wird.

All dies zeigt, dass die Verfolgung erwerbswirtschaftlicher Ziele durch den Staat längst nicht so ohne Weiteres umgesetzt werden kann, wie häufig angenommen. Muss der Staat auf die Inanspruchnahme hoheitlicher Mittel einschränken, weil er andernfalls beispielsweise gegen das Beihilferecht oder den Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßen würde, verbleibt am Ende das gleiche Gewinn- und Verlustrisiko wie bei einem Privaten. Das Ziel einer gemeinwohlorientierten und bürgernahen Politik sollte es außerdem nicht sein, es darauf ankommen zu lassen, ob die Europäische Kommission beispielsweise

eine kommunale Verbandsumlage als genehmigungspflichtige Beihilfe betrachtet. Wenn etwa in einem Landkreis Private bereit und in der Lage sind, die ortsnahe Versorgung zu gewährleisten, sollte der Staat nicht mit öffentlich-rechtlichen Haushaltsmitteln in Konkurrenz zu denjenigen treten, dessen berufliche Betätigungsfreiheit er gewährleisten soll.



**Rechtsanwalt  
Dominik Klauck**  
Gauweiler & Sauter

Lenbachplatz 6 | 80333 München.

## Exklusiv für Mitglieder des Bundes der Steuerzahler in Bayern

### Digitale Informationsveranstaltungen im Juli 2022

Wir freuen uns, dass unsere bisherigen digitalen Mitglieder-Informationsveranstaltungen so großen Anklang gefunden haben und setzen die Reihe mit bewährten und neuen Themen auch im Juni fort. Dazu laden wir Sie alle recht herzlich ein.

Die Veranstaltungen sind vorerst auf 100 Teilnehmer begrenzt, entsprechend bitten wir vorab um Anmeldung bzw. Registrierung. Nachfolgend die Termine und Themen im Juli:

**Mittwoch, 13. Juli 2022,  
17:00 Uhr bis 18:00 Uhr**

**Thema: „BdSt-Vorteile - was habe ich persönlich von meiner Mitgliedschaft?“**

Referent: René Nour El Din, Abteilungsleiter  
Bund der Steuerzahler in Bayern

**Mittwoch, 20. Juli 2022,  
17:00 Uhr bis 18:00 Uhr**

**Thema: „Die neue Grundsteuer in Bayern – Informationen vom Bund der Steuerzahler“**

Referent: RA Klaus Grieshaber, Vizepräsident  
Bund der Steuerzahler in Bayern

**Dienstag, 26. Juli 2022,  
17:00 Uhr bis 18:00 Uhr**

**Thema: „Erben und Vererben (Teil I) Fehler vermeiden - Wie vererben Sie richtig“**

Referentin: RAin Hannah Stein, Vizepräsidentin  
Bund der Steuerzahler in Deutschland ret.

**Freitag, 29. Juli 2022,  
17:00 Uhr bis 18:00 Uhr**

**Thema: „Erben und Vererben (Teil II) Erbschaft- und Schenkungsteuer, Möglichkeiten richtig nutzen!“**

Referentin: RAin Hannah Stein, Vizepräsidentin  
Bund der Steuerzahler in Deutschland ret.

Wenn Sie Interesse an diesen Veranstaltungen haben, schreiben Sie unter Eingabe Ihrer BdSt-Mitgliedsnummer bitte eine E-Mail an [filipp.sylla@steuerzahler-bayern.de](mailto:filipp.sylla@steuerzahler-bayern.de).

Dann bekommen Sie von uns den Zugangslink für die Online-Veranstaltung zugeschickt. Oder besuchen Sie einfach unsere Internetseite [www.steuerzahler-bayern.de](http://www.steuerzahler-bayern.de). Dort finden Sie alle aktuellen Termine des bayerischen Landesverbandes, egal ob Präsenz- oder Digital-Veranstaltungen.

## Grundsteuerreform in Bayern

### Startschuss für die Abgabe der Grundsteuererklärungen

Seit 01. Juli online über ELSTER oder auf Papier – Erfassung der Daten über den BayernAtlas ab sofort bis Dezember kostenfrei abrufbar



Albert Füracker, Staatsminister der Finanzen und für Heimat, mehrmals Gastredner bei Informationsveranstaltungen des Bundes der Steuerzahler zum Thema Grundsteuer, und Rolf Baron von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler, forcieren aktuell die Information, vor allem der Haus- und Grundbesitzer. Der Appell richtet sich an die Kommunen, die Grundsteuerreform ohne Mehrergebnis, das bedeute, ohne zusätzliche Belastung der Hausbesitzer umzusetzen.

Das Thema Grundsteuer war in den letzten Jahren unzählige Mal ein Thema der Gespräche mit dem jeweils amtierenden bayerischen Finanzminister und den Repräsentanten des Bundes der Steuerzahler. Besonders intensiv war die Unterstützung im Sinne einer Öffnungsklausel für das von Finanzminister Albert Füracker konzipierte bayerische Modell. Dadurch haben die Bürgerinnen und Bürger in Bayern einen großen Vorteil: Anders als beim Bundesmodell, müssen Sie für Ihre Grundstücke nur einmal eine Grundsteuererklärung abgeben. Die endgültige Höhe der neuen Grundsteuer ab 2025 wird im Jahr 2024 durch den Hebesatz der jeweiligen Kommunen festgelegt. Diese versenden dann die Grundsteuerbescheide. Bis einschließlich 2024 muss noch die bisherige Grundsteuer bezahlt werden. Die neue Grundsteuer wird in Bayern ausschließlich an physischen Größen wie der Grundstücks- und Gebäudefläche sowie an der Gebäudenutzung ausgerechnet – Steuererhöhungen durch die Hintertür, also allein aufgrund eines ständig steigenden Preisniveaus bei Immobilien wird es in Bayern deshalb nicht geben. Der Bund der Steuerzahler hatte sowohl die Länderlösung, als auch das gefundene Konzept öffentlichkeitswirksam mit guten Argumenten seines wissenschaftlichen Instituts unterstützt.



Hans Podiuk, Vorsitzender des Verwaltungsrates des Bundes der Steuerzahler in Bayern: „Es ist sehr erfreulich, dass sich die FDP-Landtagsfraktion entschieden hat, mit einem Volksbegehren den Landtag zu verkleinern. Der Bund der Steuerzahler unterstützt diese Aktion. Die entsprechende Unterschriftenaktion ist mit großem Erfolg angelaufen. Die Anerkennung gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle sowie dem Führungsgremium mit Präsident und Vizepräsidenten, für ihren vorbildlichen Einsatz, bei dem am ersten Tag in Augsburg 1500 sowie in Nürnberg, ebenfalls am ersten Tag, rund 1300 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern geleistet wurden, denen der kostspielige und ineffiziente aufgeblähte Landtag ebenfalls ein großes Ärgernis ist. Foto: Maier

## Hans Podiuk: Neue Schwerpunkte der Verbandspolitik „Mit Geschlossenheit und Leistungsbereitschaft zur Erfolgsbilanz“

Im „Klartext“-Interview, das in der folgenden Ausgabe fortgesetzt wird, stellt Hans Podiuk, Vorsitzender des Verwaltungsrates des Bundes der Steuerzahler in Bayern, die Geschlossenheit in den Gremien in den Mittelpunkt. Das Aufgabenspektrum des Verbandes habe sich erheblich verändert. Stärker im Vordergrund habe der Service sowie vielfältige Dienstleistungen die frühere Beratung deutlich abgelöst, obwohl der Freistaat und der Bund auf Lockdowns sowie bis heute andauernde Einschränkungen in den Betrieben mit vorbildlichen Schutzschirmen oder Fördermaßnahmen reagiert habe, seien viele Mit-

glieder des Bundes der Steuerzahler durch bürokratisch bedingte Lücken in den Ausführungsbestimmungen oder durch die komplizierte Antragstellung leer ausgegangen: „Hier haben wir dann, und nicht selten mit erheblichem Aufwand, mit den erforderlichen Nachweisen Erfolg gehabt. Das schöne dabei sei der Multiplikator für viele weitere Mitgliedsbetriebe gewesen. Ein geklärter Fall zugunsten der Steuerzahler habe die Rechtslage auch für viele Betroffene verbessert. Abschließend gibt Podiuk den Rat, die Serviceleistungen des Verbandes in Anspruch zu nehmen. Er stehe gerne auch persönlich für

das Gespräch mit den Mitgliedern zur Verfügung. Die Fragen stellte Chefredakteur Rudolf G. Maier.

**Klartext:** Herr Podiuk, es ist wieder Zeit für das traditionelle Sommerinterview mit Ihnen. Es ist jedoch alles anders, als es bisher war. Wie beurteilen Sie als Vorsitzender des Aufsichtsgremiums des Bundes der Steuerzahler in Bayern, des Verwaltungsrates, die Situation?

**Hans Podiuk:** Sehr erfreulich und positiv zu erwähnen, ist ganz bestimmt die Geschlossenheit, die ich in den Gremien unseres Ver-

bandes, einschließlich der Mitglieder feststelle. Dabei hat sich auch das Aufgabenspektrum des Bundes der Steuerzahler erheblich verändert. Noch stärker in den Vordergrund gerückt ist der Service. Die Dienstleistung, dass Einer für den Anderen oder die Andere da ist. Zur Verbandspolitik, über die wir sicher auch noch sprechen, sind als neue Aufgabenschwerpunkte, die individuelle Unterstützung einer großen Zahl von Mitgliedern gekommen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Obwohl der Freistaat und der Bund auf Lockdowns und bis heute andauernde Einschränkungen in den Betrieben mit vorbildlichen Schutzschirmen und Unterstützungsmaßnahmen reagiert hat, sind viele unserer Mitglieder durch bürokratisch bedingte Lücken in den Ausführungsbestimmungen leer ausgegangen. Hier haben wir dann und nicht selten mit erheblichem Aufwand mit den erforderlichen Nachweisen, Erfolg gehabt. Dabei kam uns erneut das gute Verhältnis zum Finanzministerium, zu Finanzminister Albert Füracker, zugute, dem wir am Runden Tisch im Ministerium diese besonderen, unsere Mitglieder betreffenden Fälle vortragen konnten. In gleicher Weise haben wir im Wirtschaftsministerium bei Staatsminister Hubert Aiwanger offene Türen vorgefunden. In den letzten Jahren und besonders den letzten Monaten hat sich, genauer gesagt seit Anfang 2020, dieses Zusammenspiel mit den verschiedenen Ministerien, Behörden, vor allem der Finanzämter, besonders gut entwickelt. Unsere Abteilungen – geleitet von erfahrenen Juristen – konnten Erfahrung sammeln. Darüber hinaus hat unser bayerischer Bund der Steuerzahler den großen Vorteil mit seinen 36 Regionalverbänden überall draußen im Land präsent zu sein, Ansprechpartner für die Mitglieder zu sein. Das heißt, Sie haben unbürokratisch mit kurzen Wegen, die Möglichkeit, den Vorsitzenden des Regionalverbandes, seinen Stellvertreter oder Mitglieder der Vorstandschaft anzusprechen. Sie können dann auch sicher sein, dass die sofortige Bearbeitung beginnt. Das ist in den meisten Fällen die Weiterleitung an die Landesgeschäftsstelle des Bundes der Steuerzahler in München.

**Klartext:** Dazu kommen die Leistungen des Bundesverbandes und das verbandseigene wissenschaftlich arbeitende Deutsche Steuerzahlerinstitut (DSi). Welche Aufgabenverteilung ist vorgesehen?

**Hans Podiuk:** Ich brauche es nicht extra betonen. Unser Präsident auf Bundesebene, Herr Holzengel, ist fast täglich in den Medi-

en präsent und erhebt die Stimme, wenn es darum geht, ungute Entwicklungen zu kommentieren. Dann kommt auch immer wieder das wissenschaftliche Institut des Bundes der Steuerzahler ins Spiel, das beispielsweise Grundlagen erarbeitet, um erfolgreiche Musterprozesse für unsere Mitglieder führen zu können. Ich bin sehr sicher, dass wir in Zukunft dieses Instrument verstärkt einsetzen müssen. Beide, das Präsidium und das Institut, machen einen ausgezeichneten Job. Wir haben sehr gute, hochqualifizierte Leute, die beispielsweise in den Anhörungen von Gesetzgebungsverfahren sehr ernst genommen werden und in der Lage sind, die Interessen der Steuerzahler erfolgreich zu vertreten. Zahlreiche, im Sinne der Steuerzahler entschiedene Musterprozesse sind der beste Beweis für diese Qualifikation und Effizienz.

**Klartext:** Herr Podiuk, zum Krieg in Europa. Genauer gesagt zu Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine. Täglich werden neue Kriegsverbrechen bekannt. Wie reagieren?

**Hans Podiuk:** Dazu haben die Verantwortlichen der politischen Ebenen das richtige gesagt und sie haben gehandelt. Die westliche Staatengemeinschaft darf diesen vor kurzem noch unvorstellbaren Einbruch in die europäische Nachkriegsgeschichte nicht hinnehmen. Die klare Antwort ist ebenso erfolgt, wie die notwendige Unterstützung für die Ukraine. Die Folgen des Krieges sind bekannt. Die gesamte Auswirkung heute nicht abschätzbar. Fest steht jedoch, die „Zeitenwende“, die Bundeskanzler Scholz angekündigt hat, ist eingetreten. Wer könnte heute eigentlich nicht zustimmen, wenn es gilt, die Sanktionen gegen Putins verbrecherisches Regime weiter zu verschärfen? Es ist deshalb richtig, dass G7 und NATO den Druck auf Moskau deutlich erhöht haben. Wir kennen die Kostenseite dieser Maßnahmen. Aber sie sind trotzdem notwendig.

**Klartext:** 170 Millionen Euro sollen die drei Tage auf Schloss Elmau gekostet haben. Hier stellt sich die Frage, ob diese Steuergelder eine Rendite bringen?

**Hans Podiuk:** Auf diese Frage sind verschiedene Antworten möglich. Die einen sagen, wenn gute Politik dabei herauskommt, sind dieses Steuergelder gut angelegt. Auch das Argument einer unbezahlbaren weltweiten Werbung für diese großartige bayerische Landschaft ist nicht von der Hand zu weisen. Man kann natürlich auch, wie der Bund der Steuerzahler, der Meinung sein, so ein Gipfel könnte auch in München – wie die

jährliche Sicherheitskonferenz – mit deutlich geringerem Aufwand im Bayerischen Hof veranstaltet werden. In Frage käme natürlich auch ein Regierungsgebäude. Wir werden es vielleicht einmal erfahren, ob das wunderbare Panorama der Wettersteinwand dazu beigetragen hat, die jetzt notwendigen richtigen Weichen zu stellen.

**Klartext:** Seit 01. Juli hat Tschechien die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Ist das eine gute Nachricht?

**Hans Podiuk:** Ein uneingeschränktes Jahr, bezogen auf die gute Partnerschaft mit Bayern und die vielfältigen Beziehungen. Bayerns Handelsvolumen mit Tschechien belief sich im letzten Jahr auf rund 23 Milliarden Euro. Die Energieversorgung dürfte das größte Problem werden. Hinzu kommt das faktische Verbot neuer Verbrennungsmotoren ab 2035. Wir hoffen, dass es Tschechien gelingt, diesen Weg zu stoppen. Die Europaabgeordneten Angelika Niebler, Monika Hohlmeier und Markus Ferber, alle Mitglieder des Bundes der Steuerzahler, haben zugesagt, sich für Technologieoffenheit und damit für die deutsche Ingenieurkunst einzusetzen. Das ist auch unser Anliegen. Wir leben schon in einer verrückten Welt heute. Wenn wir dieses Gespräch führen, ist beispielsweise die Frage, ob es künftig ein Ökosiegel für Atommeiler geben wird, noch ungeklärt. Ziel ist es ja bekanntlich, Investitionen in Kern- und Gaskraftwerke für Nachhaltig zu erklären. Wie auch immer die Entscheidung ausfällt, ist zu hoffen, dass die Europäische Investitionsbank auch künftig kein Geld für neue Atomkraftwerke ringsum Deutschland herum zur Verfügung stellt. Diese mögliche Entwicklung bekommt durch die Abschaltung der besonders sicheren deutschen Atomkraftwerke eine besondere Brisanz.

**Klartext:** Zu den bayerischen Themen: es tut sich was in Sachen XXL-Landtag. Ist ein Volksbegehren notwendig, um der Verfassung Rechnung zu tragen?

**Hans Podiuk:** Ich glaube schon. Erfreulich, dass sich die FDP-Landtagsfraktion dazu entschieden hat. Der Bund der Steuerzahler unterstützt diese Aktion. Die entsprechende Unterschriftenaktion ist mit großem Erfolg angelaufen. In Augsburg wurden an einem Tag 1500 und in Nürnberg 1300 Unterschriften geleistet. Vergleichbar waren die Ergebnisse von Umfragen bei unseren Mitgliedern, mit fast 90 Prozent Zustimmung. Die Blockadehaltung von CSU und Freien Wählern ist unverständlich.

Schließlich geht es um einen leistungsfähigen, der Bayerischen Verfassung entsprechenden Landtag. Dieses Thema gehört auch zu den Wahlprüfsteinen des Bundes der Steuerzahler für die Landtagswahl im nächsten Jahr. Es kann doch nicht sein, dass eine Landtagsmehrheit weiterhin die Möglichkeit hat, durch die Verweigerung einer Wahlrechtsreform ihre Landtagsmandate auf Kosten der Steuerzahler zu vermehren. Unser Ziel sind 160 Abgeordnete. Alle Unterstützer und Mitstreiter sind herzlich willkommen. Ziel ist es, die Wählerinnen und Wähler bei der Landtagswahl 2023 gleichzeitig auch über die dringend notwendige Verkleinerung des Landtags abstimmen zu lassen.

**Klartext:** Herr Podiuk, abschließend – ebenfalls traditionsgemäß – für Sie die

Möglichkeit einer persönlichen Botschaft an die Mitglieder des Bundes der Steuerzahler in Bayern.

**Hans Podiuk:** Ebenfalls traditionsgemäß folgt mein Appell an die Mitglieder unseres Verbandes, die gebotenen Möglichkeiten und Serviceleistungen in Anspruch zu nehmen. Wie eingangs festgestellt, haben die Krisen durch die Corona-Pandemie und den Krieg in Europa uns zusammenrücken lassen. Der Bund der Steuerzahler hat sich als starke Gemeinschaft erwiesen. Ich freue mich über diese Entwicklung und biete Ihnen die mir mögliche Unterstützung an, gerne auch in einem persönlichen Gespräch.

**Klartext:** Herr Podiuk, viele weitere Themen der Verbandspolitik stehen auf der Tagesordnung. Herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

## 25 Jahre Stabilitäts- und Wachstumspakt – Kein Grund zum Feiern

*Klare und nachhaltige Fiskalregeln für die Eurozone angemahnt*

*Von Michael Jäger*



Diplom-Kaufmann Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler und Generalsekretär des Europäischen Bundes der Steuerzahler: „Der Bund der Steuerzahler mahnt: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss schnellstmöglich wieder reaktiviert werden, um die Staatsverschuldung in der Eurozone nicht weiter ausufern zu lassen! Die europäische Steuerzahlerorganisation fordert, dass eine Schuldenaufsicht ihrer originären Pflicht nachkommt, die Einhaltung der Vorgaben wirksam überwacht und Verstöße dann auch konsequent sanktioniert.“ *Fotos: Maier*

Die zentralen Fiskalregeln für die Eurozone – der Stabilitäts- und Wachstumspakt – wurden vor 25 Jahren beschlossen. Ziel des Paktes war und ist es, Haushaltsdefizite in den EU-Mitgliedstaaten zu verhindern und

die Angleichung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu unterstützen. Die Bilanz zum 25-jährigen Bestehen fällt für den europäischen Steuerzahlerbund (TAE) ernüchternd aus, so Präsident Rolf von Hohenhau. Die

Regeln, die sich die Länder selbst gegeben haben, werden nicht konsequent angewendet: Weder die Obergrenze der Staatsverschuldung von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) noch die Neuverschuldungsgrenze von maximal 3 Prozent des BIP werden eingehalten. Und dies nachweislich nicht erst seit Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2020. Die Folge: Die Verschuldung der Eurozone liegt derzeit knapp unter 100 Prozent. Selbst große Nationen wie Italien, Spanien und Frankreich liegen inzwischen bei einer Staatsverschuldung von 151, 118 bzw. 113 Prozent und damit weit über dem 60-Prozent-Kriterium des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Aber auch Deutschland reißt mit über 70 Prozent diese Grenze deutlich.

Seit 1997 wurde der Pakt mehrfach aufgeweicht, mit Ausnahmen versehen und dadurch unnötig verkompliziert. Die für die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts zuständige EU-Kommission hat Haushaltsverstöße viel zu oft zugelassen. Im Ergebnis ist der Pakt zu einem zahnlösen Tiger verkommen, der derzeit aufgrund der Pandemiefolgen seit 2020 ausgesetzt ist. Entsprechend haben die Euro-Staaten ihren finanzpolitischen Rahmen verloren. Damit gibt es faktisch bei den Euro-Staaten keine finanzpolitischen Grenzen mehr. Der Steuerzahlerbund mahnt: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss schnellst-

*„Die Regeln, die sich die Länder selbst gegeben haben, werden nicht konsequent angewendet: Weder die Obergrenze der Staatsverschuldung von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) noch die Neuverschuldungsgrenze von maximal 3 Prozent des BIP werden eingehalten. Und dies nachweislich nicht erst seit Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2020.“*

möglich wieder reaktiviert werden, um die Staatsverschuldung in der Eurozone nicht weiter ausufern zu lassen! Die europäische Steuerzahlerorganisation fordert, dass eine Schuldenaufsicht ihrer originären Pflicht nachkommt, die Einhaltung der Vorgaben wirksam überwacht und Verstöße dann auch konsequent sanktioniert. Insgesamt muss der Pakt zu einem klaren und nachhaltigen Regelwerk mit Biss umgebaut werden, dass die Staatshaushalte und Volkswirtschaften der Eurozone wieder solider dastehen, als sie es heute tun! Künftige Generationen werden es uns danken!

# Steuerzahlerbüro in Brüssel unter Leitung von Dr. Horst Heitz

## Ständige Interessenvertretung des Mittelstands in Europa

Brüssel ist neben Washington die Welt-hauptstadt der Politiker, Beamten, Lobbyis-ten und Journalisten. Als ich 2008 zum ers-ten Mal in diese Welt eintauchte, traf ich be-reits Walter Grupp, der damals schon ein legendärer EU-Interessenvertreter und be-liebtes Unikat in der belgischen Hauptstadt war. Er wurde ein wertvoller Wegweiser und

den Umweg der europäischen Mittelstands-verbände. 2012 wurde ich Generalsekretär der SME Europe der Europäischen Volkspar-tei (EVP), ein politischer Verband für Klein – und Mittlere Unternehmen (KMU). Fünf Jah-re später übernahm ich den Vorsitz des Vorstandes der SME Connect, einem europä-ischen Netzwerk für Mittelstandsvertreter



Amtseinführung von Dr. Horst Heitz, Mitte, als Leiter des Steuerzahlerbüros in Brüssel. Präsident Rolf Baron von Hohenhau, links, und Diplom-Kaufmann Michael Jäger, Generalsekretär des europäischen Bundes der Steuerzah-ler, wünschten viel Erfolg. Dr. Heitz gab den Mitgliedern des Bundes der Steuerzahler den Rat, auch die Leistungs-fähigkeit des Steuerzahlerbüros in Anspruch zu nehmen. Er freue sich über jeden Anruf und jeden Besuch. Die Vertretung, vor allem mittelständischer Interessen, sei das zentrale Anliegen unter seiner Leitung. Foto: Maier

Ratgeber für mich - ich hätte nie gedacht in seine Fußstapfen zu treten und schon gar nicht unter so tragischen Umständen. Als neuer Büroleiter des Europäischen Steuer-zahlerbundes (TAE) folge ich einem ganz Großen, der eine hohe Messlatte gesetzt hat. Im Gegensatz zu Herrn Grupp, bin ich aller-dings kein Jurist, sondern Politologe mit den Nebenfächern Kommunikationswissen-schaft und Recht für Sozialwissenschaftler -studiert in München und Salzburg. Meine Doktorarbeit „Lobbyismus in der EU – aus der Praxis für die Theorie“ legte ich am Insti-tut für Staatswissenschaften der Universität Wien ab. Dieser Hintergrund erlaubt mir vielleicht eine neue Herangehensweise un-sere Positionen in die europäischen Ent-scheidungsprozesse einzubringen, deren Umfeld sich in den letzten Jahren immer mehr politisiert hat und dessen vorherigen dominanten technischen Charakter ablöst. Mein Weg in die Steuerwelt erfolgte über

von fast 4 Millionen Unternehmen. In dieser Zeit hatten sich die Kontakte zum Europä-ischen Steuerzahlerbund stetig vertieft und 2018 wurde mir der Stellvertretende Gene-ralsekretär angeboten, mit dem Schwer-punkt für KMU. Nun folgt diese Funktion mit der Leitung des Büros der TAE in Brüssel, mit dessen Anliegen ich mich leidenschaft-lich identifiziere. Wer für Steuerzahler und den Mittelstand eintritt, sollte Herzblut mit-bringen. Mein Vater war Kleinunternehmer und meine Mutter Selbständige. Wenn man diese Alltagsperspektiven selbst kennenge-lernt hat, sind Bürokratie, Late Payment, Steuerfragen und wirtschaftliche Herausfor-derungen keine Unbekannten. Es ist wich-tig, diesen Menschen eine glaubhafte Stim-me in Brüssel zu verleihen und über die EU informiert zu halten. Viel Arbeit, aber auch eine erfüllende Herausforderung. Bitte wen-den Sie sich deshalb jederzeit an mich mit ihren Anliegen.



## Unser Mann in Brüssel: Dr. Horst Heitz, Politologe

Der unvergessene Leiter des Steuerzahlerbüros in Brüssel, Rechtsanwalt Walter Grupp, hat mit Dr. Horst Heitz einen kompetenten Nachfolger gefunden, den Rolf Baron von Hohenhau, Präsi-dent des Bundes der Steuerzahler in Bayern, vor allem in seiner weiteren Funktion als Präsident des europäischen Bundes der Steuerzahler, so-wie Diplom-Kaufmann Michael Jäger, Generalsekretär der europäischen Organisation, vorge-stellt haben. Dr. Heitz habe die gleichen Voll-machten und Möglichkeiten als Repräsentant der europäischen Steuerzahlerverbände mit kompetentem Rat, nicht nur in Steuerangele-genheiten, für die Mitglieder des Bundes der Steuerzahler in Brüssel präsent zu sein sowie mit seiner bekannt optimalen Vernetzung, frühzeitig entscheidende Tipps geben zu kön-nen. Es sei seine Aufgabe, Sorgen und Pro-bleme, vor allem des Mittelstands aufzugreifen sowie frühzeitig über den europäischen Ge-setzgebungsprozess zu informieren. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen seien gut be-raten, diese Unterstützung vor Ort durch das Steuerzahlerbüro in Anspruch zu nehmen. Das Steuerzahlerbüro, so Michael Jäger, des Verban-des in Brüssel sei und bleibe die kompetente Schaltzentrale, an die sich die Mitglieder des Verbandes mit ihren Anliegen wenden können.



**Taxpayers Association of Europe**  
Rue de Pascale 22  
1040 Brüssel

Tel.: +32 2 588 15 20  
Fax: +49 89 126 00 847

horst.heitz@taxpayers-europe.org  
info@taxpayers-europe.org  
www.taxpayers-europe.org

# Melanie Huml: In Brüssel für die Positionen der Staatsregierung werben

„Auch unsere Wirtschaft braucht verlässliche Regeln und Informationen“

**Melanie Huml, Staatsministerin für Europaangelegenheiten und internationale Beziehungen, informiert im Interview mit „Klartext“, der Verbandszeitung des Bundes der Steuerzahler, über ihre Aufgaben und Vorstellungen als bayerische Staatsministerin für Europaangelegenheiten und internationale Beziehungen. Die Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU sei das Sprachrohr in Brüssel. „Ich bin regelmäßig mit den bayerischen Abgeordneten im Austausch, sei es bei etablierten Formaten, wie Hintergrundgesprächen zu aktuellen europapolitischen Themen oder im Rahmen von Fachveranstaltungen.“ Weitere Schwerpunkte des Interviews befassen sich mit den Möglichkeiten im Veranstaltungsbereich der Bayerischen Vertretung, der Europapolitik in den verschiedenen Bereichen, diplomatische Vorgehensweisen oder die engmaschige Beobachtung von Debatten in den Europa-Gremien. Die Fragen stellte Chefredakteur Rudolf G. Maier.**

**Klartext:** Frau Huml, Sie sind die vielfach beneidete Staatsministerin, die in Brüssel in einem Schloss residieren kann und dabei vielfältige Aufgaben erfüllt. Können Sie bitte einleitend die im Volksmund sogenannte „Bayerische Botschaft“ in Brüssel sowie Ihre Tätigkeits- und Arbeitsschwerpunkte vorstellen?

**Melanie Huml, Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales:** Die Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU ist Sprachrohr Bayerns in Brüssel. Meine Mitarbeiter begleiten die europäische Gesetzgebungsprozesse von Anfang an. Sie informieren die Staatsregierung und die Ministerien über aktuelle Entwicklungen in der Europapolitik: Welche Vorschriften plant die Kommission? Wie ist die Haltung im Europäischen Parlament und im Rat der Mitgliedstaaten? Viele Informationen erhalten sie dabei durch Gespräche mit den Entscheidungsträgern auf EU-Ebene, etwa den Abgeordneten des Europäischen Parlaments oder den Beamten der Kommission. Dabei und auf vielen Fachveranstaltungen können sie auch wichtige Anliegen des Freistaates einspeisen und für die Positionen der Bayerischen Staatsregierung werben. Zudem sitzen die Länder bei einigen wichtigen The-

men wie der Rundfunk-, Kultur- und Bildungspolitik in Brüssel direkt mit am Verhandlungstisch, neben Staaten wie Frankreich oder Tschechien. Grundsätzlich befasse ich mich mit allen Themen, die auf EU-Ebene diskutiert werden. Je größer der Bezug zu Bayern ist, desto engmaschiger begleite ich mit meinen Mitarbeitern die Debatte. Aktuell beschäftigt uns in Bayern natürlich die Bewältigung der Folgen der Ukraine-Krise für die EU, also vor allem die Energiepolitik, die Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik und einer EU-Erweiterung. Aber auch das Themenfeld des

men. Können Sie uns auch etwas über Ihre Arbeitsweise informieren?

**Melanie Huml:** Europapolitik ist Innenpolitik. Ob in der Wirtschaft, bei der Bildung oder im Umwelt- und Verbraucherschutz: Viele Regeln gibt Europa vor. Gleichzeitig fließen europäische Fördermittel in die Landwirtschaft, in soziale Projekte oder die Infrastruktur. Die Interessen Bayerns in den einzelnen Politikfeldern mit diplomatischem Geschick zu platzieren und erfolgversprechend einzubringen – das gelingt natürlich besser im persönlichen Austausch mit den verschie-



Melanie Huml, Staatsministerin für Europaangelegenheiten und internationale Beziehungen: „Die bayerischen Europaabgeordneten sind ohne Zweifel ein sehr wichtiges Sprachrohr Bayerns in Europa und damit immens wichtig, um all die bayerischen Anliegen zu den einzelnen europapolitischen Dossiers zu transportieren und entsprechend frühzeitig im Gesetzgebungsprozess zu platzieren. Gemeinsam wollen wir Europa zum Wohle Bayerns mitgestalten. Da sind wir uns einig – über parteipolitische Grenzen hinweg“. Im Bild gratuliert Staatsministerin Huml Konrad Kobler, Landtagsabgeordneter a.D., Honorarkonsul der Republik Kroatien, zum Jubiläum des 20. Jahrestages des Europa-Gipfels auf Schloss Fürstenstein. In ihrer mit Beifall bedachten Rede, hatte Europaministerin Huml über aktuelle europapolitische Anliegen aus bayerischer Sicht informiert. Foto: Maier

Europäischen Green Deals, der Umgang mit den Ergebnissen der Konferenz zur Zukunft Europas, EU-Digitalpolitik sowie die Wirtschafts- und Währungsunion sind für mich von großer Wichtigkeit. Die Liste ist längst nicht abschließend.

**Klartext:** Ich nehme an, dass es Ihnen durch Ihre Vernetzung in der europäischen Hauptstadt, im Europaparlament oder der Kommission, ermöglicht wird, etwas früher als andere an wichtige Informationen zu kom-

mensten Akteuren auf dem europäischen Parkett. Aber auch während der Corona-Pandemie haben wir alle Kanäle genutzt, um Bayern auf EU-Ebene zu positionieren. Durch mein europäisches Netzwerk, das ich gezielt installiert habe und stetig weiter ausbaue, öffnen sich oft Türen zu wichtigen Informationen, so dass ich frühzeitig von geplanten Vorhaben erfahre und mich aktiv in die aus bayerischer Sicht bedeutsamen europapolitischen Themen einbringen kann. In allen Bereichen ist es wichtig, dass die ent-

scheidenden Institutionen auf EU-Ebene die Positionen Bayerns kennen: Unsere Wirtschaft braucht verlässliche Regeln innerhalb Europas. Die Digitalisierung wird vieles verändern. Hier können wir über unsere bayerische Vorreiterrolle wichtige Akzente setzen. Die Landwirtschaft im Alpenraum ist anders gelagert als die Landwirtschaft in Polen oder Portugal. Gleichzeitig ist es mir wichtig, unsere Bürgerinnen und Bürger immer kompetent und verständlich über die aktuellen Entwicklungen in Europa zu informieren,

nicht aktiv bespielt hatten. Ich denke etwa an Hybrid-Veranstaltungen mit Zuschaltung von Panellisten per Videoschalttafel, die ein neues Maß an Flexibilität ermöglichen und auch vom Publikumszuspruch sehr positiv aufgenommen wurden. Natürlich ersetzt eine Online-Veranstaltung kein Präsenzformat, aber es ist dennoch enorm wichtig, so weiter im Austausch zu bleiben und das Beste aus der Situation zu machen. So habe ich etwa ein digitales Veranstaltungsformat zum Europäischen

punkt. Bei sonnigem Wetter konnten viele europäische Akteure in unserem schönen Innenhof im Freien miteinander in den Austausch treten. Die Sehnsucht nach persönlichen Treffen war förmlich zu spüren. Und natürlich sind wir dank der exponierten Lage – in direkter Nachbarschaft zum Europäischen Parlament – und des architektonischen Glanzes unserer Vertretung eine an sich schon sehr nachgefragte Einrichtung – das freut uns natürlich!



„Bei sonnigem Wetter konnten beim diesjährigen traditionellen Sommerempfang viele europäische Akteure in unserem schönen Innenhof im Freien miteinander in den Austausch treten. Die Sehnsucht nach persönlichen Treffen war förmlich zu spüren. Und natürlich sind wir dank der exponierten Lage – in direkter Nachbarschaft zum Europäischen Parlament – und des architektonischen Glanzes unserer Vertretung eine an sich schon sehr nachgefragte Einrichtung – das freut uns natürlich!“ Foto: Titel/Maier

damit sie europapolitisch auf der Höhe der Zeit sind. Kurzum: Bayern eine starke Stimme in Europa zu verleihen – das ist mein Anspruch, an dem ich mich tagtäglich messen lassen möchte.

**Klartext:** Wann wird, so wie in früheren Zeiten, die bayerische Vertretung wieder uneingeschränkt für Veranstaltungen, auch des europäischen Bundes der Steuerzahler oder des Europäischen Wirtschaftssenats (EWS) zur Verfügung stehen? Und eine Zusatzfrage: Welche Aufgaben beziehungsweise welchen Auftrag erfüllen Sie in diesen Krisenzeiten in Brüssel?

**Melanie Huml:** Auch während der Pandemie haben wir viele Fachveranstaltungen durchgeführt und konnten so im Digitalmodus die bayerischen Interessen in Brüssel weiterhin aktiv einbringen. Zudem haben wir neue Formate etabliert, die wir zuvor so

Green Deal etabliert, das regelmäßig die Betroffenheit der einzelnen Politikbereiche – angefangen vom Verkehrsbereich über die Landwirtschaft bis hin zum Gebäudesektor in den Fokus nimmt und bei dem wichtige bayerische Akteure mit den Vertretern der EU-Institutionen in den fachlichen Diskurs treten.

Seit Ende April sind wir wieder im Präsenzmodus – natürlich immer coronakonform, d.h. mit den entsprechenden Vorkehrungen im Veranstaltungsbereich je nach aktueller Pandemieentwicklung, um die Sicherheit aller stets zu gewährleisten. Auch der traditionelle Sommerempfang, zu dem ich für Ende Juni geladen hatte, war in diesem Jahr wieder möglich. Dabei stand am Vorabend der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft inhaltlich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa – illustriert am Erfolgsmodell der Euregio Egrensis – im Mittel-

**Klartext:** Kontaktieren Sie regelmäßig die bayerischen Abgeordneten in Brüssel? Und eine Zusatzfrage: Ziehen Sie beispielsweise bei Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für Bayern an einem Strang?

**Melanie Huml:** Ich bin regelmäßig mit den bayerischen Abgeordneten im Austausch, sei es bei etablierten Formaten wie Hintergrundgesprächen zu aktuellen europapolitischen Themen wie etwa dem europäischen Klimaschutzpaket oder im Rahmen von Fachveranstaltungen. Die bayerischen Europaabgeordneten sind ohne Zweifel ebenso ein wichtiges Sprachrohr Bayerns in Europa und damit immens wichtig, um all die bayerischen Anliegen zu den einzelnen europapolitischen Dossiers zu transportieren und entsprechend frühzeitig im Gesetzgebungsprozess zu platzieren. Gemeinsam wollen wir Europa zum Wohle Bayerns mitgestalten. Da sind wir uns einig – über parteipolitische Grenzen hinweg.

**Klartext:** Frau Staatsministerin, eine abschließende Frage. Welche Grundlagen gehören dazu, um im Sinne Ihrer Intensionen in der Europapolitik die richtigen Weichen zu stellen?

**Melanie Huml:** Es ist zunächst entscheidend, die Debatten engmaschig zu beobachten und die zentralen Bezugspunkte für uns zu erkennen. Im zweiten Schritt ist es wichtig, eine klare Haltung zu entwickeln und diese an den richtigen Stellen in den Prozess einzubringen. Das funktioniert zum Beispiel über die Teilnahme an Konsultationen, über Gespräche mit den Europaabgeordneten, aber auch über die Mitwirkungsrechte der Länder am Gesetzgebungsverfahren. Dazu zählen zum Beispiel die Mitwirkungsrechte im Bundesrat, die Facharbeit in Arbeitsgruppen von Rat und Kommission sowie im Ausschuss der Regionen und auch das Stellen eines Bundesratsvertreters im Ministerrat der EU.

**Klartext:** Frau Huml, herzlichen Dank für dieses interessante Interview.

## BdSt Urgestein Manfred Arnold feiert seinen 85. Geburtstag Immer im Dienst der Steuerzahler unterwegs – Von Michael Jäger

Präsident Rolf von Hohenhau, der Manfred Arnold seit Anbeginn seiner Außendiensttätigkeit für den Steuerzahlerbund kennt, formulierte es anlässlich der Gratulation des Verbandes zum 85. Geburtstag von Manfred Arnold sehr treffend: „Ohne Manfred wäre der bayerische Steuerzahlerbund nicht da, wo wir heute stehen. Du kannst als Verband noch so gute Arbeit leisten, es nutzt Dir aber nichts, wenn Du nicht auch entsprechend viele Mitglieder hast, die die Arbeit des Verbands tragen. Dazu braucht es Menschen wie Manfred Arnold, die draußen Rede und Antwort stehen und Werbung für den Bund

zeugung für den Verband, aus der Erkenntnis heraus, dass es auch in unserem demokratischen Gesellschaftssystem unverzichtbar ist, dass es eine externe Kontrolle des Staates gibt. Er spricht über den Steuerzahlerbund als „Sittenpolizei in Sachen Steuer und Ausgabenpolitik“. Dazu stellt Manfred Arnold gerne die Frage: „Wer sonst als der Bund der Steuerzahler hat die Möglichkeit, ein verlängerter Arm für alle aus dem Mittelstand in Sachen Steuer und Ausgabenpolitik zu sein?“ Nicht ohne Grund ist Manfred Arnold ein Verfechter der Marktwirtschaft und für eine nachhaltige Steuer und Ausgabenpolitik.

doch die Erfordernisse einer mittelstandsorientierten Steuer und Ausgabenpolitik. Dieses Wissen brachte er auch nach seiner Zeit als Unternehmer als Mitarbeiter des damaligen Kooperationspartners des Verbandes, der Hamburg Mannheimer Lebensversicherung AG, erst als normaler Angestellter und später dann als Gruppenleiter ein, zuständig für die Mitgliederwerbung des Bundes der Steuerzahler in Bayern. Sein Verständnis für die Sorgen von Mittelständlern sowie sein Einfühlungsvermögen für den Unternehmeralltag, ließen diesen immer freundlichen und zuvorkommenden Zeitgenossen damals sogar zum erfolgreichsten Werber für den Bund der Steuerzahler in ganz Deutschland werden. Nachdem er aus Altersgründen mit dem 65. Lebensjahr aus dem Anstellungsverhältnis



Herzliche Glückwünsche zum 85. Geburtstag von Manfred Arnold, rechts. Er habe sich, so Präsident Rolf Baron von Hohenhau, zweiter von rechts, in besonderer Weise um den Bund der Steuerzahler verdient gemacht. Der Jubilar gehöre auch als erfolgreicher Mittelständler, der sein ganzes Leben hart gearbeitet habe, zu den Ausnahmen, für die Ruhestand ein Fremdwort sei. Diplom-Kaufmann Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler, links, und Siegfried Hartmann wünschten in freundschaftlicher Verbundenheit, vor allem Gesundheit und weiterhin die Freude mit voller Aktivität unterwegs zu sein. Ein Anerkennungspräsent, die Einladung zum Geburtstagessen, verbunden mit schönen Erinnerungen an jahrzehntelange Zusammenarbeit, brachten Wertschätzung zum Ausdruck. Foto: Maier

Steuerzahlerbund machen, Auch hier gilt wie im Sport, es gibt nicht Junge oder Alte, sondern nur Gute oder Schlechte. Manfred gehört aber nicht nur zu den Guten, sondern zu den Besten.“

Seit nunmehr über 35 Jahren wirbt Manfred Arnold Mitglieder für den Bund der Steuerzahler in Bayern. Bis heute hat er seine Begeisterung für den Verband nicht verloren. Für ihn ist es wichtig, dass der Mittelstand, das Rückgrat unseres Staates, durch den Steuerzahlerbund eine Stimme bekommt. Seine Überzeugungskraft und Begeisterungsfähigkeit für den Verband war und ist bis heute ungebrochen. Er wirbt aus voller Über-

Denn er spricht aus eigener Lebenserfahrung zu den Menschen. Manfred Arnold erlebte in seiner Kindheit den 2. Weltkrieg und weiß, was es mit den Begriffen „Sparsamkeit“ und „Verzichten müssen“ auf sich hat. Diese Erfahrungen haben ihn geprägt und kämpferisch gemacht, frei nach dem Motto: Selber aktiv werden, nicht warten bis dir jemand etwas schenkt. So ist es nicht verwunderlich, dass er schon in jungen Jahren mit seinem Ersparnen ein Einzelhandelsunternehmen in Sachen Obst und Gemüse am Viktualienmarkt in München aufbaute. Aus dieser Zeit kennt er auch die Sorgen, Nöte und Bedürfnisse eines Mittelständlers, insbesondere je-

*„Manfred Arnold setzt sich aus voller Überzeugung und entsprechend der Erkenntnis für den Bund der Steuerzahler ein, dass es auch in unserem demokratischen Gesellschaftssystem unverzichtbar ist, eine externe Kontrolle des Finanzgebarens des Staates zu gewährleisten.“*

ausgeschieden war, drängte es ihm, seine Tätigkeit auf selbstständiger Basis nach einer längeren gesundheitsbedingten Ruhephase, wiederaufzunehmen.

Seit Mitte 2017 unterstützt er den neuen Kooperationspartner des bayerischen Landesverbandes die G.B.V.M. GmbH bei der Mitgliederwerbung für den bayerischen Steuerzahlerbund im Großraum München. Dazu Siegfried Hartmann, Gesellschafter-Generalbevollmächtigter der G.B.V.M. GmbH: „Alter schützt nicht vor Leistung. Wenn man sieht mit welcher Freude und Leidenschaft Manfred Arnold noch für Steuerzahlerbund unterwegs ist, dann können wir alle uns nur ein Beispiel daran nehmen. Seine Begeisterung für diese Aufgabe ist nach wie vor ungebrochen.“

Präsident Rolf von Hohenhau und Vizepräsident Michael Jäger wünschten im Namen des Vorstandes und des ganzen Teams der Geschäftsstelle Manfred Arnold alles Gute zum Geburtstag, eine robuste Gesundheit und weiterhin viele erfolgreichen Jahre im Dienst der Steuerzahler. Dafür sagen wir ein herzliches „Vergelt's Gott“.

# Serviceleistungen für Mitglieder des Bundes der Steuerzahler

„Ich freue mich über jeden Anruf – unbürokratische und schnelle Hilfe garantiert“

**René Nour El Din, seinen ungewohnten Namen wird er im Interview erklären, hat sich mit Fleiß, viel Arbeit und Interesse vom Auszubildenden bis zum Abteilungsleiter Verbandskommunikation und Organisation hochgearbeitet. Weiterbildung ist noch immer Teil seines Erfolgskonzepts, wenn es darum geht, sich fit zu machen für die unbürokratische und persönliche Betreuung der Mitglieder des Bundes der Steuerzahler. Im Interview steht die Arbeitsweise, mit der Bitte an die Mitglieder des Bundes Steuerzahler, im Vordergrund, die Angebote der Servicezentrale zu nutzen. Darüber hinaus gehende Anliegen werden an die zuständigen Abteilungen beziehungsweise das Präsidium des Verbandes weitergeleitet. Zu den Prinzipien von René Nour El Din gehört es, noch am gleichen Tag persönlich telefonisch das Gespräch zu suchen oder per Mail auf Anliegen der Mitglieder zu reagieren. Zum Ansehen dieser Abteilung hat vor allem die schnelle Reaktion und Hilfe beigetragen. Die Fragen stellte Chefredakteur Rudolf G. Maier.**

**Klartext:** Herr Nour El Din, Sie sind seit über 20 Jahren Mitarbeiter des Bundes der Steuerzahler in Bayern. In dieser Zeit haben Sie eine umfassende Ausbildung absolviert. Zunächst die Ausbildung zum Kaufmann für Bürokommunikation, dann haben Sie studiert. Das Wirtschaftsstudium zum Betriebswirt mit sehr gutem Abschluss absolviert. Entsprechend entwickelten sich ihre Verantwortungsbereiche zunächst als Leiter der Veranstaltungsorganisation des Bund der Steuerzahler in Bayern sowie aktuell Abteilungsleiter Verbandskommunikation und Organisation. Dazu mein Glückwunsch und die Frage: Welche Anforderungen hat die Corona-Pandemie in den letzten Jahren zusätzlich mit sich gebracht? Wie hat sich Ihr Aufgabenbereich durch die neuen Betreuungsanforderungen verändert?

**René Nour El Din:** Die Coronapandemie hat auch uns im Verband vor neue Herausforderungen gestellt. Fast wöchentlich kamen neue Coronabestimmungen, wodurch wir daher auch stetig im Büro Neuanpassungen vornehmen mussten. Allerdings waren wir trotzdem für unsere Mitglieder da! Per Telefon, E-Mail und immer ganz aktuell auf unserer Internetseite. Daher würde ich sagen, dass sich mein Aufgabenbereich nicht komplett geändert hat. Eher, dass ich einige Strukturen neu anpassen musste.

**Klartext:** Neben Ihrer vorgestellten mit Fleiß und vorbildlichem Einsatz absolvierten Ausbildung, weckt Ihr Name René Nour El Din verständliches Interesse. Wollen Sie darüber informieren?

**René Nour El Din:** Es vergeht fast keinen Tag an dem ich meinen Nachnamen nicht buchstabieren muss und ich auf ihn angesprochen werde. Dies macht mir aber selbstverständlich nichts aus. Mein Großvater stammt ursprünglich aus Ägypten und hat in mitten der Fünfzigerjahre Medizin in Deutschland studiert. Zunächst in Heidelberg und dann in München. Hier hat er dann auch meine Großmutter kennengelernt. Inzwischen tragen wir den Namen in

pflügen und neue Mitglieder zu gewinnen. Nur so bleiben wir unabhängig und können unsere tägliche Verbandsarbeit bewerkstelligen.

**Klartext:** Welchen Rat geben Sie den Mitgliedern des Bundes der Steuerzahler?

**René Nour El Din:** Ich rate unseren Mitgliedern sich mit unseren Serviceprodukten vertraut zu machen. Wir halten eine Vielzahl von Serviceleistungen vor. Über Broschüren zum Bestellen, als Download im Internet, unsere Service-Hotline und vieles mehr. Gleichzeitig unterstützen wir auch auf dem Prozessweg mit unseren Musterprozessen. Denn nur der stete Tropfen höhlt den Stein.



René Nour El Din, Abteilungsleiter Verbandskommunikation und Organisation des Bundes der Steuerzahler in Bayern: „Wir sind gerne für unsere Mitglieder da! Per Telefon 089 126008-13, E-Mail organisation@steuerzahler-bayern.de oder immer ganz aktuell auf unserer Internetseite [www.steuerzahler.de](http://www.steuerzahler.de) Ich freue mich auf Ihre Kontaktaufnahme. Foto: Maier

dritter Generation. Zudem macht es mich auch auf eine gewisse Weise stolz, da er tatsächlich nicht alltäglich ist und es hierzu immer wieder nette Nachfragen gibt.

**Klartext:** Was sind in Ihrer Funktion als Abteilungsleiter Verbandskommunikation und Organisation Ihre wesentlichen Aufgaben?

**René Nour El Din:** Zu meinen wesentlichen Aufgaben gehört die Veranstaltungsorganisation. Die Betreuung unserer Regionalverbände und deren Vorstandsmitglieder. Zudem bin ich für die Mitgliederbetreuung, den Mitgliederservice und die Neuwerbung von Mitgliedern zuständig. Denn ein zentraler Bestandteil ist es, unsere Mitglieder zu

Daher rate ich dran zu bleiben und sich zu informieren.

**Klartext:** Wenn Sie auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie an die Mitglieder gerichtet festgestellt haben „wir sind auch persönlich für Sie da“, welche konkreten Unterstützungsangebote sind damit verbunden?

**René Nour El Din:** Konkret bedeutet dies, dass wir mit unseren Ansprechpartnern zu den üblichen Geschäftszeiten, und oftmals darüber hinaus, persönlich erreichbar sind. Wir haben keine Dauerschleife oder eine überbezahlte Auskunftshotline. Zudem informieren wir unsere Mitglieder mindestens einmal pro Woche mit unseren Steuerzah-

ler-Webinaren. Gleichzeitig werden wir – sofern es die Pandemie zulässt – auch wieder verstärkt mit unseren Präsenzveranstaltungen für unsere Mitglieder vor Ort sein. Hier gibt es dann wieder reichlich Gelegenheit zur Diskussion, um sich persönlich zu informieren. Oftmals sind auch Kleinigkeiten im Vier-Augengespräch nützlich, die wir dann so vor Ort schnell abgewickelt bekommen.

**Klartext:** Die persönlichen Ansprechpartner für die Mitglieder des Bundes der Steuerzahler in Bayern sind unter anderem die Leiter der Abteilungen in der Landesgeschäftsstelle, meist erfahrene Juristen. Für welche Themen sind diese Fachleute zuständig? Unter welchen Kontaktdaten können die Mitglieder des Bundes der Steuerzahler diese Ansprechpartner erreichen?

**René Nour El Din:** Wir bilden so einige Referate ab: Diese möchte ich kurz in alphabetischer Reihenfolge vorstellen:



**Abteilung Steuern und Recht**

Rechtsanwalt  
Klaus Grieshaber,  
Vizepräsident  
089/1216008-18



**Europafragen und Öffentlichkeitsarbeit**

Diplom-Kaufmann  
Michael Jäger, Vizepräsident  
089/126008-20



**Redaktion „Klartext“**

Rudolf G. Maier  
Chefredakteur,  
Pressesprecher  
0170/1820294



**Verbandskommunikation und Organisation**

Betriebswirt (VWA)  
René Nour El Din,  
Abteilungsleiter  
089/126008-13



**Mitgliederverwaltung und Buchhaltung**

Michael Rauer  
089/126008-33



**Abteilung Haushalt- und Kommunalpolitik**

Rechtsanwältin  
Maria Ritch, Vizepräsidentin  
089/126008-19



**Verbandsorganisation, strategische Planung der Verbandspolitik, Öffentlichkeitsarbeit, Medien**

Rolf von Hohenhau,  
Präsident  
089/126008-10

**Klartext:** Neben diesem Angebot der persönlichen Kontaktaufnahme und Betreuung haben die Mitglieder des Bundes der Steuerzahler besondere Rechte, beispielsweise im geschützten Bereich der Informationsangebote auf der Website des Bundes der Steuerzahler in Bayern. Können Sie bitte darüber informieren, um welche Informationen es dabei geht und wie die Mitglieder den geschützten Bereich erreichen?

**René Nour El Din:** Wir haben einen eigenen geschützten Mitgliederbereich unter [www.steuerzahler.de](http://www.steuerzahler.de). Hier können sich unsere Mitglieder mit Ihrer Mitgliedsnummer und PLZ einloggen. Sofern es hier technische Schwierigkeiten geben sollte, dann steht Herr Fasching als Ihr Ansprechpartner: 089/126008-38 zur Seite.

**Klartext:** Dann gibt es weitere Serviceangebote. Ratgeber, Broschüren, Musterschreiben und so weiter. Können Sie bitte diese Angebote präzisieren? Ist die Ratgeberreihe jeweils auf dem aktuellen Stand? Welche Vorteile haben die Mitglieder des Bundes der Steuerzahler?

**René Nour El Din:** Unsere Broschüren, Ratgeber und Musterschreiben sind auf unserer Internet-Seite abrufbar. Wir halten über 80 Ratgeber als Download – zu fast allen Lebenslagen – vor, die stetig aktualisiert und angepasst werden. Diese Broschüren werden unseren Mitgliedern zugeschickt. Zudem können wir über die Service-GmbH zahlreiche Vorteile und Rabatte unter [www.bdst-vorteile.de](http://www.bdst-vorteile.de) anbieten. Zudem findet jeden Monat, zu den persönlichen Mitgliedervorteilen, ein Steuerzahler-Webinar statt.

**Klartext:** Steuerzahler-Webinare runden das Angebot ab. Unter anderem wird die Frage beantwortet: „Was habe ich von einer Mitgliedschaft im Bund der Steuerzahler?“. Es ist nicht nur der Musterprozess oder wenn notwendig die Kontaktaufnahme mit dem Vorsteher eines Finanzamtes, sondern auch – wenn notwendig – der vertrauliche Einsatz für die Interessen der Mitglieder.

Können Sie dazu einige praktische Beispiele vorstellen?

**René Nour El Din:** Gerade im Hinblick auf die neue Grundsteuerreform haben wir wahnsinnig viele Interessenten und Teilnehmer bei unseren Webinaren. Gleichzeitig machen wir unsere Mitglieder auch für eine bevorstehende Betriebsprüfung fit. Oder wenn es um die Fragen einer Schenkung und das Vererben geht. Hier geben wir sehr viel Aufschluss bei bestimmten Themen. Teilweise auch hier in kleiner Runde oder unter vier Augen, da manche Themen privat sind und auch privat bleiben sollten.

**Klartext:** Sie haben ja jeden Tag Kontakte mit Mitgliedern des Bundes der Steuerzahler. Hat sich dabei auch schon mal eine besondere Beziehung bei der Interessenvertretung ergeben? Wenn Sie ein Mitgliederanliegen an die Abteilungsleiter weitergeben, wie läuft dann das weitere Vorgehen ab? In diesem Zusammenhang ist es sicher nicht uninteressant, darüber zu informieren, dass der Bund der Steuerzahler in Bayern mit 36 Regionalverbänden überall draußen im Land die Interessen seiner Mitglieder vertreten kann. Ich nehme an, Sie suchen jeweils auch den Kontakt mit den Vorsitzenden oder Vorstandsmitgliedern, wenn es um regionale Themen geht?

**René Nour El Din:** Der Kontakt ist mir persönlich tatsächlich sehr wichtig. Nicht nur, weil all unsere Mitglieder im Regionalvorstand dies ehrenamtlich ausführen, sondern auch, weil über die langen Jahre gute freundschaftliche Verhältnisse entstanden sind, die ich in keinem Fall missen möchte. Gleichzeitig bilden unseren Regionalverbandsvorsitzende auch unsere Delegierten ab. Hierzu kommen wir laut unserer Satzung jedes Jahr zu unserer Delegiertenversammlung zusammen, um entsprechende Entlastungen zu stellen, Beschlüsse zu fassen oder bestimmte Anträge der Delegierten diskutieren.

**Klartext:** Herr Nour El Din, eine abschließende Frage: Macht Ihnen Ihr Job beim Bund der Steuerzahler Spaß?

**René Nour El Din:** Kurz und knapp: Ja. Der Job ist über die vielen Jahre ein großer Teil meines Lebens geworden. Vor allem gehört viel Herzblut dazu. Allerdings ist einem auch manchmal zum „Weinen“ zumute, wenn wieder das hartverdiente Geld aller Steuerzahler\*innen verschwendet wird.

**Klartext:** Herr Nour El Din, herzlichen Dank für dieses Interview.

# Dank und Anerkennung für Jubiläumsmitglieder im Juli und August 2022

Ehrungen und die Abstattung des Dankes an über Jahrzehnte hinweg treue und aktive Mitglieder sind gleichzeitig der Beweis für den Zusammenhalt und die Grundüberzeugung, dass es in der Bundesrepublik Deutschland eine Organisation geben muss, die sich kontrollierend, sachverständig und durchsetzungsstark für Steuergerechtigkeit, Steuervereinfachung und tragbare, an der Leistung orientierte Besteuerungsgrundlagen einsetzt. Es sind an erster Stelle die Jubiläumsmitglieder, die sich seit 40, 45, 50, 55, 60 oder sogar 65 Jahren dafür einsetzen, den Bund der Steuerzahler zu einer schlagkräftigen Interessenvertretung zu machen. Symbolisch werden Dank und Anerkennung durch die Überreichung einer Ehrenurkunde im Rahmen der Informationsveranstaltungen des Bundes der Steuerzahler zum Ausdruck gebracht. Darüber hinaus haben Landesvorstand und Verwaltungsrat beschlossen, monatlich in der Verbandszeitung „Klartext“ eine Seite als Ehrentafel für verdiente Jubiläumsmitglieder vorzusehen und ihnen damit auch in aller Öffentlichkeit herzlich zu danken. Diese Treue könne, so Präsident Rolf von Hohenhau, nicht hoch genug gewertet werden und er stellt die Frage: „Was wäre der Bund der Steuerzahler ohne seine engagierten, treuen Mitglieder, die über viele Jahrzehnte hinweg den Verband unterstützen und noch mehr durch die aktive Mitgliedschaft Verbandserfolge erst ermöglichen?“ Das herzliche Dankeschön gelte deshalb allen Mitgliedern, die in diesem Monat ihr Jubiläum als Mitglied des Bundes der Steuerzahler begehen können. Den Verbandsjubilaren gelte der Dank und die besondere Anerkennung, verbunden mit den besten Wünschen von Vorstand und Verwaltungsrat des Bundes der Steuerzahler in Bayern.

## 65 Jahre Juli

Hausner & Peugler GmbH&Co.  
KG Metzgerei Weiden i. d. OPf.  
BEN Buchele Elektromotorenwerke GmbH Nürnberg  
Bayerische Volkskunst Sorge u. Geschwister Inh. Kleinsorgen  
Peter Garmisch-Partenkirchen

## 60 Jahre Juli

Heinrich Pflanz Schuhhaus Pflanz  
Landsberg  
Lowa Sportschuhe GmbH  
Jetzendorf  
Maierbräu KG Altomünster  
Omnibus Wunder e.K. Hollfeld  
Fritz Lindner Teisendorf

## 55 Jahre Juli

Josef Bachmayer's Nachf. GmbH & Co. KG Brauerei Dorfen  
Heinrich Klenk GmbH & Co. KG Schwebheim  
Arnold Bachl Steinmetzbetrieb  
Burglengenfeld  
Simon Weichselbaumer  
Fuhrunternehmen  
Fahrenzhausen-Jarzt  
Karl Modehaus GmbH  
Burglengenfeld

## 50 Jahre Juli

Alfred Hegele Steuerberater  
Zusmarshausen  
Bruno Sauter Schreinerei  
Fischen i. Allgäu  
Simon Kirchner Reisebüro  
Anger-Aufham  
Thomas Kroder Rechtsanwalt  
Stadtbergen

## 45 Jahre Juli

Albert Schäffer GmbH & Co. KG  
ASG Bauzentrum Günzburg  
Feierler Transporte-Baustoffe  
Berggau  
Franziska Bartl Gemischtwaren  
Innernzell  
Josef Tritschler GmbH Rolläden-  
Jalousien Salzweg  
Max Seibold  
Verkehrsunternehmen e.K.  
Wegscheid  
Otmar Kaiser GmbH & Co. KG

Kaisermühle Gänheim Arnstein  
Wurstwarenfabrik Georg Leidel  
Inh. Valentin Weber Kempten  
(Allgäu)  
Dr. Manfred und Timm Plischko  
Gbr Zahnarztpraxis Garmisch-  
Partenkirchen

## 40 Jahre Juli

Gerhard Holzmann Druck & Prägung Baldham  
Gschwendtner Auto + Classic  
GmbH Pfaffenhofen a. d. Ilm  
Herzog GmbH & Co. KG Cafe -  
Bäckerei Absberg  
Hörmann GmbH & Co. KG  
Gachenbach  
J. Wilhelm + Sohn OHG Reifen-  
Fahrzeughande Bamberg  
M. Buckreus Gebr. Fischer-Hetter  
Hollfeld  
Mayer GmbH Autohaus  
Mindelheim  
Rietzler Holzbau GmbH  
Rettenberg-Vorderburg  
Schwertfeger GmbH  
Pflasterbetrieb Waldkirchen  
Starnecker GmbH Heizung-  
Solar-Sanitär

Burgkirchen a. d. Alz  
Vogling + Angrenzer  
Elektrizitätsg.  
Siegsdorf-Höpfing  
Willi Liegel GmbH Formenbau -  
Erodiertechnik Georgensgmünd  
Anton Bauer Steuerberater  
Holzkirchen  
Franz Winkler Eduscho Kaffee-  
Depot Litzendorf  
Heinz-Wilhelm Schwing Palux-  
Kundendienst München  
Herbert Fichtl Geschäftsführer  
München  
Josef Stelzer Kfz-Reparatur  
Rattenberg  
Karl Loy Land- und Gastwirt  
Absberg  
Ludwig Götz Steuerberater -  
Rechtsbeistand Bamberg  
Michael Arnold Sägewerk  
Huglfing  
Rudolf Demling Ing. Büro für  
Bauwesen Bad Neustadt a. d.  
Saale

Rudolf Jäger Jäger Getränke  
Gunzenhausen  
Fa.Theo Weber Umzüge –  
Transporte Inh. Jens Weber  
Schweinfurt  
Wolfgang Lössl Schreinerei-  
Bedarf Rosenheim  
Diez & Partner Steuerberater  
Lauf a. d. Pegnitz

## 65 Jahre August

W. Pfeffer 1. Dampfbierbrauerei  
Zwiesel  
Rainer Heinze Modehaus Stadler  
GmbH Wallersdorf  
Dipl. -Kfm. Karl-Heinz Dietzel  
Nürnberg  
Farben-Volz GmbH Fürth  
Ilmberger GmbH Maschinen-  
und Zahnradfabrik Straubing  
Christina Hodbod  
Porzellanmanufaktur Gräfening  
EULIT-Werk Staude & Co. KG  
Peiting  
Max Doser Haustechnik GmbH  
& Co. KG Füssen  
Erdmann von Harsdorf Gut  
Riedhof Kaufering

## 60 Jahre August

Wilhelm Ehrhardt Offsetdruck  
Ludwigsstadt  
Hans-Jürgen Hagen Hotel Grüner  
Baum Naila  
Kohles Massivholzgestelle GmbH  
Redwitz a. d. Rodach  
Stefan Kirchleitner Heizungs-  
und Sanitärtechnik Grassau  
Bayerischer Industrieverband  
Baustoffe, Steine und Erden e.V.  
München

## 55 Jahre August

L. + A. Seitle OHG  
Elektrofachgeschäft Karlshuld  
Kleeblatt GmbH & Co. KG  
Metzgerei Feinkost Holzkirchen  
Ubaldo Sedlmair Schreinerei  
Utting a. Ammersee  
Herbert Forche Metzgermeister  
Markt Indersdorf  
Weigang AG Ebern  
Hans-Jürgen Schrodt  
Baupenglerei Markt Indersdorf

## 50 Jahre August

A&K Grundbesitzverwertung  
GmbH München  
Egenberger GmbH u. Co.  
KG Verkehrsunternehmen  
Thierhaupten  
Kraller Beton GmbH & Co. KG  
Kirchanschörling  
Hilde Schwab St. Martins-  
Apotheke Aindling  
Krenn GmbH & Co. KG Neusäß  
Heinz Reichart Ellgau

## 45 Jahre August

Allfood-Lebensmittel Handels-  
GmbH München  
Andreas Weichelt GmbH  
Autosattlerei Ahorn  
Autohaus Waldmüller GmbH  
& Co. KG Roth  
Berbinger Granitwerk Georg  
Zankl GmbH Hauzenberg  
Klaus Gottschalk e.K. Heizung-  
Lüftung-Sanitär Passau  
Moritz + Morhard GmbH  
Autoelektrik Großostheim  
Motoren-Sauer Instandsetzungs-  
GmbH Hösbach  
Nicolai & Hoppe-Nicolai  
Steuerkanzlei Landshut  
Pauli Maschinenbau GmbH  
Hohenau  
Renate Beck GmbH  
Kunststoffverarbeitung  
Tiefenbach  
Schmider GmbH Stuckgeschäft  
Bischberg  
Tau OHG Bosch-Dienst Sonthofen  
Weha-Therm GmbH & Co. KG  
Isolierglas Hutthurm  
Alexander Klör Klör Zweiräder  
und mehr Neustadt a. d. Aisch  
Erich Bayer Werkzeugbau  
München  
Georg Lanzl Zimmerei GmbH  
Nittenau  
Joh. Pavlovits Elektroinstallation  
Bamberg  
Johann Kröner Sägewerk-  
Kistenfabrik Bischberg  
Johann Schrott Sägewerk  
Pfeffenhausen  
Rudolf Hausner Heizung-Lüftung  
Neuhaus a. Inn

Werner Übler Bäckerei-  
Konditorei Sulzbach-Rosenberg  
Dipl. -Ing. Alfred Krumpe  
Elektronik + Haustechnik Seefeld

## 40 Jahre August

AUREN Treuhand GmbH  
Garmisch-Partenkirchen  
Boots-Center Fröhlich e.K. Inh.  
Uwe Fröhlich Lindau (Bodensee)  
Burger GmbH Mech.Werkstätte  
Rettenberg  
Chr. Willy Reinel GmbH  
Konditorei-Bäckerei Hof  
Josef Schneider GmbH Baustoff-  
Großhandlung Grabenstätt-  
Erchtelt  
Koch Holzbau GmbH Ainring  
Porzner Bauelemente GmbH &  
Co KG Zapfendorf  
Postler Bau GmbH Lauter  
Reindl & Haibel GmbH KFZ An-  
und Verkauf Bergkirchen  
Schutt-Karl GmbH Schuttabfuhr  
Burgsalach-Pfraunfeld  
Topp Kopie Digitalprint &  
Copservice GmbH München  
Willi Heilmann & Sohn Inh. Jörg  
Heilmann e.K. Fürth  
Dentallabor Haussmann &  
Scholz GmbH Herr Norbert  
Markl Putzbrunn  
Krackhardt Bamberg  
Edlef Distler Gartenbaubetrieb  
Gunzenhausen  
Heinz Klaus Schreinermeister  
Großheirath-Rossach  
Heinz Stretz Landmaschinen-  
Reparatur Kirchlauter-Neubrunn  
Herbert Rohrhofer Edeka  
Tiefenbach-Kirchberg  
Peter P. Solloch Rechtsanwalt  
München  
Xaver Zehentbauer Baugeschäft  
Landshut  
Dr. Erhard Hillier Zahnarzt Passau  
Dr. Johann Lechner Zahnarzt  
München  
Dr.med. Josef Haider  
Allgemeinarzt Burgkirchen a.  
d. Alz

## Impressum

### Herausgeber

Bund der Steuerzahler, Landesverband Bayern,  
Nymphenburger Straße 118, 80636 München,  
Telefon (0 89) 12 60 08-0, Fax (0 89) 12 60 08-27,  
www.steuerzahler-bayern.de,  
E-Mail: presse@steuerzahler-bayern.de

### Chefredakteur

Rudolf G. Maier, Tettenweiser Straße 1,  
94060 Pocking, Telefon (0 85 31) 45 77,  
Fax (0 85 31) 4 19 74,  
www.pressebuero-rgmaier.privat.t-online.de,  
E-Mail: pressebuero.rgmaier@t-online.de

### Verlag

Service-Gesellschaft mbH für den Bund der  
Steuerzahler in Bayern e. V.,  
Sendlinger-Tor-Platz 10, 80336 München  
Telefon (0 89) 18 85 79, Fax (0 89) 12 71 39 11,  
www.service-gmbh-bayern.de,  
E-Mail: info@service-gmbh-bayern.de

### Satz

Passavia Druckservice GmbH & Co. KG,  
Medienstraße 5b, 94036 Passau,  
Telefon (08 51) 96 61 80-783,  
Fax (08 51) 96 61 80-919,  
E-Mail: sarah.brunner@passavia.de

### Anzeigen (verantwortlich)

Service-GmbH für den Bund der Steuerzahler  
in Bayern e. V., Postfach 19 08 25,  
80608 München, Telefon (0 89) 18 85 79,  
Fax (0 89) 12 71 39 11,  
E-Mail: info@service-gmbh-bayern.de

### Herstellung

Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG,  
Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

### Titelgestaltung:

Passavia Druckservice GmbH & Co. KG,  
Sarah Brunner, sarah.brunner@passavia.de

### Foto Titel Kirchhof